Kriegs- und Friedensziele
Deutsche Flugschriften
Heft 2

Westliche Kriegsziele

Von Univ.-Prof. Dr. Freiherr Friedrich Wilhelm von Bissing

Preis 30 Pfg.

1917
Alexander Duncker Verlag, Weimar

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.

Kriegs- und Friedensziele
Deutsche Flugschriften
Heft 3

Koloniale Friedensziele

Von Dr. Oscar Karstedt

Preis 30 Pfg.

1917
Alexander Duncker Verlag, Weimar

Dem Andenken meines Vaters
des Generalgouverneurs in Belgien
† zu Trois Fontaines den 18. April 1917

Westliche Kriegsziele

„Wir sind der überzeugten Gesinnung, daß wir die mit Blut und Eisen errungenen feindlichen Gebiete nicht so leichten Kaufes wieder hergeben, zumal unsere Feinde, in unserer Lage, keinen Knopf an Deutschland und seine Verbündeten abtreten würden. Wir glauben anzunehmen, daß unsere gefallenen Brüder sich im Grabe umdrehen würden, wenn ihre Blutopfer umsonst gewesen wären."

So schreibt unterm 1. Februar 1917 mir ein bayrischer Landsturmmann, Vater mehrerer Kinder, Vorstand eines Trachtenvereins in Augsburg, der zur Zeit aus dem Feld zu seiner gewohnten, im vaterländischen Interesse liegenden Arbeit zurückgekehrt ist. Und es ist nur eine Stimme von hunderten; aus allen deutschen Gauen dringen sie zu mir, und wenige nur sind die Kleinmütigen, die um des Friedens willen, den auch der Mutigste bald ersehnt, preisgeben wollen, was uns von Rechts wegen gehört. Denn, darin hat z. B. Leimpeter in seinem Aufsatz in der Glocke scharf gesehn, den Kämpfern da draußen will es gar nicht in den Sinn, daß das Land, in dem wir seit Jahren nun als Sieger stehen, uns anders als mit Waffengewalt strittig gemacht werden könne. Und wenn wir bedenken, wie unsere Feinde über unser und unserer Verbündeten Gebiet verfügen, ohne auch nur entfernt gleich viel von unserem Land besetzt zu halten, dann müssen wir zugeben, daß dieser Standpunkt der natürlichere ist und der, auf den sich unsere Feinde allesamt stellen würden.

Ich habe vor etwa einem Jahre in meinem Büchlein „Die Kriegsziele unserer Feinde"*) das Material zur Kenntnis und Beurteilung der Absichten unserer Gegner zusammengestellt. Keiner der leitenden Staatsmänner Englands, Frankreichs, Rußlands hat sich bewogen gefühlt, seitdem im geringsten die kundgegebenen Absichten abzuschwächen, aber auch keiner der Neutralen hat klar ausgesprochen, daß eine Abtretung irgendwelchen Reichsgebiets uns nicht zugemutet werden dürfe, daß alle unsere auswärtigen Besitzungen uns zurückzugeben seien, daß, wenn man von uns eine Entschädigung Serbiens, Belgiens und Nordfrankreichs erwarte, wir berechtigt seien, den Schaden in Ostpreußen und Galizien, in Siebenbürgen und in Afrika, in der Südsee und in Kleinasien ersetzt zu verlangen. Offenbar sind auch die Neutralen mehr und mehr zu der Einsicht gelangt, daß so viele Güter in diesem Kriege vernichtet worden sind, daß der Kampf so furchtbare Wunden geschlagen hat, die zum Teil erst unseren Enkeln verheilen werden, daß von einer gegenseitigen Verrechnung der Schäden ebensowenig die Rede sein kann, wie von der Wiederherstellung des früheren Zustandes. Denn der ist nun einmal für alle Zeiten vernichtet, und was vielleicht noch im Winter 1914/15 möglich war, ist es heute nicht mehr.

Die Schuld daran, daß dem so ist, trägt vor Gott und den Menschen England, das seine Verbündeten gezwungen hat, von jedem Sonderfrieden abzusehen, das immer von neuem zum Kriege gehetzt hat und dabei in Frankreich und in gewissen russischen Kreisen treue Trabanten fand. Denn diese Kreise kämpften nicht für ihre Länder, sondern, wie die Kriegshetzer in Italien und Rumänien, um die eigene Herrschaft. England hat diesen Kampf so auf die Spitze getrieben, daß er um Ansehen und Bestand des deutschen oder des britischen Reiches geführt wird. Und mehr noch um deutsche oder englische Auffassung von den sittlichen Pflichten des Staates. Selbst aufgebaut auf dem Grundsatz schranken-

*) Fr. W. v. Bissing, Die Kriegsziele unserer Feinde." Globusverlag.

loser Freiheit des Individuums, die nur in Sitte und Herkommen, bis zur Allongeperücke der englischen Richter hin, ihre Beschränkung fand, sah der englische Staat bei uns Deutschen immer stärker aufkommen das Bewußtsein, daß der einzelne dem Ganzen sich unterzuordnen habe, daß der Staat für das Wohl und Wehe seiner Bürger verantwortlich sei auch über jene Grenze hinaus, wo der einzelne die Hilfe des Staates suchte. Und England sah, wie unter der Herrschaft solcher Lehren, die in der allgemeinen Wehrpflicht, Schulpflicht und dem Impfzwang sich der Allgemeinheit am deutlichsten aussprachen, um von dem ganzen wunderbaren Aufbau der sozialen Gesetzgebung zu schweigen, Deutschland an innerer Kraft gewann und zum Teil sie gewann durch verständnisvolle Anpassung an englische Vorbilder, denen nur der Nachdruck der staatlichen Macht fehlte. Es ahnte, daß geschehen mußte, was in diesem Krieg geschehen ist, daß England selbst sich dem deutschen Vorbild nicht entziehen könnte, solange Deutschland in seiner Entwicklung nicht aufgehalten würde. So schrieb England und mit ihm Amerika die individuelle Freiheit auf seine Fahne, und es hoffte leichtes Spiel damit zu haben. Aber unsere Arbeiter aller Stände, unsere Volksgenossen insgesamt, mit wenigen betrübenden Ausnahmen, sind viel zu einsichtig gewesen, um nicht je länger je mehr den Pferdefuß zu bemerken und die unverblümte Aufforderung englischer Staatsmänner, uns unsere inneren Einrichtungen aus England zu verschreiben, seine Hilfe im Frieden zu erbitten, als beispiellose Unverschämtheit zurückzuweisen. Als England aber die Erkenntnis kam, daß es vergeblich auf inneren Zwiespalt bei uns hoffe, und daß wir innere Reformen durchzuführen uns selber Manns genug fühlten, da erkannte es, daß es das Gespenst des Staatssozialismus, das es in Deutschland bekriegen wollte, ohne die völlige Niederwerfung Deutschlands nicht los werden würde; es mußte einsehen, daß besagtes Gespenst England selbst schon fest am Kragen hatte, und ihm so, wie es im Deutschen Reiche wohl nie geschehen könnte, das Blut aussaugte.

Denn was bei uns die freie Unterordnung eines freien Volks unter die staatlichen Notwendigkeiten war, wurde in England bald zur unerträglichen Tyrannei eines Mannes, Lloyd George, und um das Wort eines englischen Journalisten zu gebrauchen, zur vollen Sklaverei. Englands berühmte Freiheit ist schon gefallen, seine alte Verfassung ist zusammengebrochen, die unsere hat sich, mag man auch hie und da die bessernde Hand in Zukunft anlegen wollen und müssen, in ihren Grundlagen bewährt. Eines unserer Kriegsziele, um das wir Deutsche schon mehr als einmal gefochten haben, ist erreicht: die fremde Einmischung in unsere inneren Zustände kann nicht mehr in Frage kommen.

Aber wir müssen auch die Einmischung in unsere äußere Lage, nicht nur jetzt, sondern in aller Zukunft, unmöglich machen.

Mit bloßen Verträgen ist da nichts geschehen. Welcher Vertrag, der dem Kriegführenden ernstlich die Hand band, ist in diesem Krieg voll beobachtet worden? Wo bleiben all die schönen Bestimmungen über die Behandlung der Gefangenen, die doch bis zu einem gewissen Grade noch unter neutraler Kontrolle stehen? Wo bleibt die Londoner Seeakte? Und lehrt nicht die Geschichte unseres Konfliktes mit Belgien wie mit Serbien, der Verrat Italiens und Rumäniens, daß internationale Abmachungen ihren Wert nur so lange behalten, als beide Kontrahenten es wünschen und als nicht Dritte ein Interesse daran haben, daß der eine den Schwüren untreu wird? Von den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Musterbeispiel unserer Pazifisten für einen Staat, der alle Zwistigkeiten durch Schiedsgerichte beizulegen bereit sei, meldete Reuter, also eine dem Präsidenten Wilson freundliche Quelle, unter dem 3. März 1917: „Der Senat billigte einstimmig die Streichung der Klausel, wonach für die Vereinigten Staaten ihre internationalen Streitigkeiten durch Schiedsgericht beizulegen seien." Also sobald es ernst wird, finden auch die freien Bürger der Neuen Welt,

daß nur die Waffen entscheiden können. Es müßte eine unabhängige Polizei geben, zu der jeder auch Vertrauen haben könnte, und die Macht genug hätte, nach dem Rechten zu sehen. H. K. Brailsford hat unter dem Titel „Eine Liga der Nationen" in England ein Buch erscheinen lassen, in dem er einen Völkerbund nach dem Kriege empfiehlt, der seinen Mitgliedern so viel Vorteile, denen die ihm fern bleiben, so viel Nachteile bringen soll, daß kaum ein Staat auf die Teilnahme verzichten könne. Seine Teilhaber würden Prämien in Form von Anteilen an den Rohstoffmengen, über die der Bund verfügt, erhalten; allen Teilnehmern würden gleichmäßig die unerschlossenen Teile der Welt und die nicht selbständigen (!) Kolonien eröffnet werden, jedem Teilnehmer der Markt des anderen. Deutschland und andere Landmächte sollen ihre Militärdienstzeit auf 6 Monate beschränken, England auf den vollen Gebrauch seiner Seegewalt für Privatkriege verzichten — dafür liest man deutlich zwischen den Zeilen, daß es mit seiner unbedingten Seeherrschaft der Schiedsrichter über die ganze Welt, namens des Staatenbundes natürlich, wird. Der Bund soll mit vier Organen ausgestattet werden: eine Exekutive, die als ein Kabinett der Kabinette in einer ein für alle Mal gewählten Hauptstadt (natürlich am zweckmäßigsten London) in Permanenz tagen würde, in der aber nur die Großmächte vertreten wären. Ein ständiger Untersuchungs- und Versöhnungsrat, in dem umgekehrt nur die kleinen Mächte Aufnahme fänden. Eine unabhängige richterliche Körperschaft, und ein internationales Parlament, das sich aber erst allmählich aus einem beratenden Ausschuß entwickeln soll, der aus verhältnismäßiger Vertretung der Einzelparlamente hervorgehen müßte. Die Volksvertretungen schließt der liberale Engländer also so lange von der Mitarbeit aus, bis alles so eingeleitet ist, daß die Liga ein willenloses Werkzeug in der Hand Englands wird, schwach und handlungsunfähig wie einst der Deutsche Bund.

Es gibt einen anderen Vorschlag für eine solche Polizei, der sich hören ließe, wenn er nicht gar zu sehr aus unserem Fleisch geschnitten wäre und wenn er nicht zugleich die wirtschaftliche Ohnmacht Deutschlands und die unzweifelhafte Stärkung unseres heutigen Gegners bedeutete; einen Vorschlag, der bei uns nicht ganz die gebührende Beachtung gefunden hat, wohl weil er gar zu unerhörte Zumutungen an unsere Gutmütigkeit stellte, der aber in der feindlichen und der neutralen Kriegsliteratur ganz ernsthaft verhandelt worden ist: man will das alte burgundische Reich bis zum Rhein als einen neuen Rheinbund herstellen; diesem Bund sollen Holland, Belgien, Elsaß-Lothringen, Luxemburg, Rheinland und Westfalen beitreten. Man rechnet aus, daß dieser Staat, dem natürlich das ganze westdeutsche Industriegebiet anzugehören hätte, an natürlichen Bodenschätzen das reichste Land der Welt oder mindestens Europas wäre. Ganz West- und Mitteleuropa würde für den Bezug von Kohle und Eisen von ihm abhängig sein, ohne seine Zustimmung könnte kein europäischer Staat einen Krieg führen, mit einer Polizeimacht, stark genug, um einem ersten Ansturm eines Feindes zu widerstehen, würde es die Wage des Krieges und Friedens halten. Verstärkt durch den allgemeinen Bund der Neutralen wäre durch solchen neuen Rheinbund der ewige Frieden gesichert. Und die Neutralen fänden dabei um so mehr ihre Rechnung, als z. B. der Schweiz ein freier Ausgang zum Meer verschafft werden soll: der Rhein soll nicht nur Deutschlands Grenze werden, er soll überhaupt jeder Nationalität entkleidet werden, ein „freier" Strom, dessen Strompolizei eben der Rheinbund übernimmt. Wenn im Genfer Journal vom 13. Juli 1916 die Worte zweier welsch-schweizer älterer Dichter wohlgefällig angeführt werden, die ausrufen: „Der Rhein ist unser, unser immerdar!", so macht erst die Zeitung aus den gefühlsmäßigen Ausbrüchen dichterischer Phantasie eine politische Forderung, die aus ihren Spalten nie verschwindet: freies Meer für die Schweiz durch Neutralisierung

des Rheins, obwohl er, soweit er schiffbar ist, fast ausschließlich durch deutsches Gebiet fließt. Aber es blieb dem in der Schweiz angesiedelten Engländer Buelens-Marlier vorbehalten in seinem Buch „Der freie Rhein", das in Paris und Neufchatel zugleich erschien, den Gedanken auszuspinnen und als Kriegsziel hinzustellen. Freilich mit dem Erfolge, daß von französischer Seite (Genfer Journal, 17. Februar 1917) die freie Rhone proklamiert wurde. Man befürchtet dort, daß die Schiffahrt selbst auf einem „freien Rhein" die Schweiz noch zu sehr in den Bannkreis des deutschen Wirtschaftslebens ziehen werde. So stark schätzt man, auch wenn alle Versuche gelungen sind, die Quellen unserer Kraft abzuschneiden, unsere Lebensenergie ein.

In jenem, aus dem lebendigen Fleisch Deutschlands geschnittenen Rheinbund, ohne den ein Friede in Europa nicht möglich sein soll (von einer Verständigung der Kämpfenden auf Grund des Zustandes vor dem Krieg, von der bei uns noch manche träumen, wollen die feindlichen Politiker nichts wissen), soll sich nun aufs schönste verwirklichen das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen: Belgier (vielleicht sogar Flamen und Wallonen), Elsässer und Lothringer, Luxemburger und geknechtete Rheinpreußen, sie alle sollen herrlich und in Freuden leben. Auch Holland, das solche Bevormundung weiß Gott nicht nötig hat, ist eingeladen, daran teilzunehmen. „Das Nationalitätenprinzip ist rationalistisch — warum ist es eigentlich eine Utopie?" so fragt der Straßburger Universitätsprofessor von der Pforten in der Berliner Börsenzeitung am 21. Februar 1917. Und er antwortet: „Erstens, weil die Durchführung einer Irredenta überall da unmöglich ist, wo verschiedene Volksstämme räumlich so gemischt wohnen, daß eine reinliche Trennung nach Sprachen und Rassen nur durch Evakuierung des einen Teils durchführbar wäre. Zweitens genügt das Prinzip schon nicht, wo die Verhältnisse stabil sind, es versagt völlig angesichts ihrer Veränderung. Der Gedanke des Status quo ante widerspricht dem Prinzip der

Entwicklung, für das die Geschichte zeugt. Völker verschmelzen, Rassen vermischen sich. Drittens sind Völker und Staaten niemals gleich und können auch nicht gleiche Rechte beanspruchen, so wenig, als sie gleiche Macht, Wert und Bedeutung für Zivilisation und Kultur haben. Es gäbe keinen Fortschritt, wenn das Nationalitätenprinzip nach seinen inneren, geistigen Bezügen — wir setzen hinzu: schematisch — durchgeführt werden müßte. Was den Nationalisten aller Länder so sehr widerstrebt, ist, daß der Sieg, die Waffen, die Macht in diesen verwickelten Problemen die Entscheidung bringen sollen, und nicht ein „Prinzip". Aber etwas anderes kann sie gar nicht bringen, und es ist ja durchaus keine rohe und brutale Gewalt, die heute den Sieg verschafft. Nicht die Materie siegt letzten Endes, sondern die höchste physische Anstrengung eines Volkes. In diesem Sinne ist Geschichte wirklich das Weltgericht... Auch daß das Nationalitätenprinzip an der Frage der Kolonisation scheitert, bedarf kaum der Erörterung. Da schweigt man ja meistens davon. Kürzlich beklagten sich Marokkaner, Algerier und Tunesier auf Grund des Nationalitätenprinzipes über ihr Schicksal; die Zulukaffern folgen vielleicht noch. Das sollte doch jedem Verehrer dieses pedantischen Ordnungsprinzips zu denken geben."

Unsere Gegner sind sich dieser Dinge wohl bewußt. Sie würden zu ihrem neuen burgundischen Reich nie gekommen sein, wüßten sie nicht aus der Geschichte des alten Rheinbunds und Belgiens, daß es ganz sicher unter ihren Einfluß kommen wird, und daß tatsächlich sie dann mit seiner Hilfe Europa beherrschen werden. Und sie kennen auch das einfache Zaubermittel, das ihnen die Herrschaft in dem neuen Staat verschaffen wird: das englisch-amerikanische Kapital. Herrlich wird sich die Macht der großen Trusts ausbreiten, von keiner kraftvollen Staatsgewalt gebändigt, herrschen wird sie wie einst im Königreich Belgien, und ihr wird alles Erdreich untertan sein. Deutschland aber wird König Trust seine Ware so anbieten, daß unsere Industrie nicht mehr in

Wettbewerb treten kann, daß wir uns niemals erholen können von den Wunden dieses Krieges, daß uns nur die Wahl bleibt, uns in das Schicksal zu ergeben, oder zu einem letzten Kampf uns aufzuraffen, der, unter so viel ungünstigeren Umständen geführt, kaum eine geringe Hoffnung auf den Sieg läßt, den wir jetzt schon schwer genug festhalten.

Das zu verhindern ist die Aufgabe, die das Schicksal uns in diesem Jahre bereits, so Gott will, gestellt hat. Was ist dazu nötig? Was können wir im Westen dazu tun?

Der Krieg hat die Wichtigkeit eines unbedingten Schutzes unseres Industriegebiets auch dem Blindesten dargetan. Kein Friede kann befriedigen, der nicht eine überraschende Gefährdung des Rheinlands und Westfalens, des Saargebiets, zu Beginn eines künftigen Krieges nach menschlicher Berechnung ausschließt. Denn mag man die Kriegsmüdigkeit der europäischen Völker noch so hoch einschätzen: daß sie jeden Krieg in Zukunft ausschließt, wird niemand behaupten wollen. Und ein Mittel, um Koalitionen mehrerer Staaten gegen *einen* unmöglich zu machen, gibt es bisher nicht, auch nicht die oben besprochene Völkerliga, will man nicht England das Weltschiedsgericht anvertrauen. Das Beispiel Amerikas zeigt, wie die schönsten papierenen Vorsätze zunichte werden, sobald irgendwelche Interessen stark genug sind, um zum Kriegszustand zu treiben. Unserem Industrierevier ist Belgien vorgelagert. Halten wir nicht so weit die Hand darauf, daß unsere Feinde dort nicht zugleich mit der Kriegserklärung ihre Truppen aufmarschieren, ihre Flugzeuge aufsteigen lassen können, dann ist eine erste, vielleicht entscheidende Schlacht verloren. Kein anderer Staat ist in der gleichen mißlichen Lage, keiner kann so leicht von der See abgeschnitten werden. Eine solche Sicherung ist aber schlechterdings nicht anders zu erreichen, als dadurch: daß wir die *Verkehrswege und -mittel des ehemaligen belgischen Staates unter unserer Kontrolle haben*, und daß wir nicht nur die eine oder andere militärische Besatzung im Lande haben, sondern

wirklich den Grenzschutz übernehmen, über belgisches Gebiet mindestens so frei verfügen, wie nach den bekannt gewordenen anglo-belgischen Abmachungen es englische Militärs für die englische Armee für nötig hielten. Wir müssen also, England hat uns dazu gezwungen, eine ständige militärische Oberhoheit über das ehemalige Königreich Belgien ausüben. Sie kann nicht auf einem Vertrage beruhen, den einseitig der belgische Staat lösen kann — sonst wären wir gezwungen, ungeheure Lasten auf uns zu nehmen, um in diesem Fall nicht wehrlos dazustehen. Unsere Arbeiter in den jetzigen Grenzlanden sollen in Ruhe ihrer Beschäftigung nachgehen können und unsere Industrie nicht in steter Angst um ihre Anlagen schweben. Aber Englands zähe Gegnerschaft hat noch mehr nötig gemacht. Auch zur See müssen wir freier werden, müssen wir die im Frieden vertragsmäßig auszumachende Freiheit der Meere für die Handelsschiffahrt aller Länder schützen können. Dazu bedürfen wir der Oberaufsicht über die flandrische Küste, von Ostende bis Antwerpen. Sie muß eines unserer Regalien sein und kann nicht ausgeübt werden durch Gesellschaften oder Handelsverträge, sondern nur durch einen völlig klaren Besitzstand. Antwerpen, ein untrennbarer Teil des belgischen Staates, dessen Blüte eben auf dem belgischen Hinterland und dem weiteren deutschen Hinterland beruht, hat Napoleon eine gegen England gerichtete Kanone genannt. Lassen die Bedingungen des Friedens zu, daß England dort den Einfluß gewinnt, den wir vor dem Kriege dort ausgeübt haben — und der dem Franzosen Mirbeau so stark schien, daß er Antwerpen eine auch dem Wesen nach deutsche Stadt nannte —, so wird Antwerpen zum Brückenkopf des englischen Handels, ja des englischen Einflusses überhaupt in Europa. Im Besitze Calais' und der Mitherrschaft über Belgien ist Großbritannien für alle Zeit der Torwart unseres Handels. Alles, was deutscher Fleiß, deutscher Unternehmungsgeist seit 50 Jahren am Scheldeufer geschaffen haben, ist dann umsonst gewesen, erliegt dem Handelsneid des britischen

Vetters. Niemand, der Englands Geschichte kennt, wird daran zweifeln, daß die jetzt in Calais, Artois und Picardie von britischen Militärbehörden abgeschlossenen Pacht- und Kaufverträge über den Frieden hinaus Bestand haben werden. Man begreift die ängstliche Scheu, mit der Männer wie Ohnet die behagliche Einrichtung der Engländer auf französischem Boden verfolgt haben; zunächst bis zur Abzahlung aller Kriegsschulden an die Bank von England wird der britische Löwe seine Tatze auf französischen Boden legen und das weitere wird sich dann finden. Gewiß ist die Tatsache unbequem, England zu beiden Seiten des Kanals zu wissen. Aber sie hat auch ihr Gutes: ein England, das zur europäischen Kontinentalmacht geworden ist, muß ganz andere Lasten tragen als das bloße Inselreich, und uns würde es das verkehrteste Ding von der Welt dünken, wollten wir unser gutes Blut verspritzen, um Frankreich von seinem Verbündeten zu befreien. Englische Herrschaft in Dünkirchen und Calais wird den Franzosen das zuverlässigste Denkmal an diesen Krieg bleiben.

Wer unbefangen die Dinge ansieht und den Lauf der Flüsse und Kanäle, der Eisenbahnen, der Ebenen und der Gebirge betrachtet, der wird nicht nur zur Erkenntnis kommen, daß der Besitz der Küste allein für uns ebenso wertlos ist wie das Festhalten einzelner Punkte im Innern des Landes, etwa der Maasfestungen: er wird auch leicht einsehen, *daß zur Sicherung unseres Vaterlandes allein eine Linie genügt, die unserer jetzigen Front ungefähr entspricht.* Wie Luxemburg und Lothringen unser Saarrevier schützen und darum Bismarck den militärischen Notwendigkeiten nachgebend sich entschloß, Metz zu fordern, so muß in Zukunft *das Land an Maas und Schelde, das Ardennengebirge sich schützend vor Rheinland und Westfalen legen.* Und so wenig wir Lothringen und das Elsaß preisgeben dürfen, wollen wir uns nicht an unserem ganzen Volk, an den Schatten der Helden von 1870 tödlich versündigen, so

wenig dürfen wir jetzt preisgeben, was uns ein großes Schicksal kühn zu Kriegesanfang zugeworfen hat. Wenn dabei jene Schätze unser werden, die in den Augen der Ersinner des neuburgundischen Staates diesem eine gewaltige wirtschaftliche Macht geben sollten, so dürfen wir diesen Gewinn als Kriegsentschädigung zugunsten unseres ganzen Volkes getrost einstecken. Daß wir eine Kriegsentschädigung brauchen, also verlangen müssen, wenn sie irgend zu erlangen ist, hat auch die Sozialdemokratie, u. a. Scheidemann im „Vorwärts“ und die „Rheinische Zeitung“, anerkannt. Sie in bar zu erhalten, besteht aber kaum eine schwache Aussicht; denn der Plan einer Konsolidierung sämtlicher Kriegsschulden aller am Krieg beteiligten Staaten — also auch der Neutralen, die mobilisiert haben — in einer gemeinsamen, internationalen Anleihe, mit einheitlichem Weltkurs und einheitlicher allmählicher Amortisation klingt doch ein wenig nebelhaft, so sehr gerade die dadurch hergestellte Solidarität der Interessen eine Gewähr für den Frieden in Zukunft sein könnte: denn die von dieser Staatengesellschaft mit beschränkter Haftung ausgegebenen Zahlungsmittel würden in den kriegführenden Ländern naturgemäß entwertet resp. ungültig sein; diese Staaten würden für die Dauer des Krieges ausscheiden, je mehr Anteile sie an der gemeinsamen Schuld hätten, je stärker wären ihre Verluste. In der Praxis stehen aber der Durchführung des Plans, wie mir scheinen will, wenigstens in der bisher bekannt gewordenen Gestalt, so viel Schwierigkeiten gegenüber, daß ich mir seine Aufnahme nicht leicht denken kann. So bleibt nur die Möglichkeit, reale Objekte, Land und Bodenschätze als Kriegsentschädigung anzunehmen, entweder auf die Dauer oder auf die allerdings sehr lange Zeit hin, bis ihr Ertrag die Kriegsschulden hat tilgen lassen. In dieser Form werden auch die grundsätzlichen Gegner jeder Annexion nichts gegen eine Übernahme der Bergwerke und Ackerbauflächen in den besetzten Gebieten in die Oberaufsicht des Reichs einzuwenden haben. Und es kann

dabei gleichgültig sein, ob wir nun gerade die bestimmten Erze z. B. von Briey—Longwy brauchen, oder ob andere uns nützlicher wären, ob eben die belgische Kohle am besten unsere Bestände ergänzt, oder wir nach wie vor andere Gruben zu bestimmten Zwecken ausschließlich heranziehen können. Selbst das ist minder wichtig, ob unsere eigene Produktion zur Not auf Jahre noch ausreicht ohne die neuen Gebiete. Diese sollen eben nur als die einzig sichere Form der Kriegsentschädigung dienen. Es wird nur Aufgabe der deutschen Staatsmänner sein, dafür Sorge zu tragen, daß der Ertrag der mit deutschem Blut errungenen Kohlengruben und Bergwerke, der neueröffneten Schiffahrt dem ganzen Reich zugute kommt. Je schonender unsere Hand auf Belgien liegt, je lebensfähiger seine Industrie und seine Werke bleiben, um so eher kann Belgien für uns ein Ausfallstor auf den Weltmarkt werden, kann seine mit der unseren verbündete Industrie unmittelbar nach dem Frieden den Wettbewerb im Weltverkehr aufnehmen.

Man lasse sich nur nicht von jenen Überweisen ins Bockshorn jagen, die da meinen, das jetzt Errungene genüge nicht, wir müßten mehr haben, um England wirklich zu treffen, um den freien Ausgang zum Weltmeer zu sichern. Ein Napoleon, ein Karl XII. hätten so argumentiert und sich in endlose Abenteuer gestürzt. Wir ziehen es vor, gestützt auf das von englischen Staatsmännern noch vor wenigen Jahren als das beste Recht verkündete Recht des Eroberers, zu halten, was wir haben und was uns für unsere nationale Existenz zur Verhütung eines zweiten solchen Weltkrieges notwendig scheint. Und wir lassen uns auch nicht blenden von jenen, die uns die Trugbilder eines großen Kolonialreichs vorspiegeln, das uns Ersatz schaffen soll für alles in Europa wieder Preisgegebene. Rohstoffe aus fernen Erdteilen können wir jederzeit auf dem Handelswege erwerben, solange Friede ist. Im Kriegsfall wird uns England, sofern es uns nicht fürchtet, stets wieder von diesen Bezugsquellen abschneiden. Im Frieden ist ein Handelsboykott auf die Länge der Jahre

nicht aufrecht zu erhalten. Im Krieg, wo wir der eigenen Bezugsquellen am meisten bedürfen, würden wir von ihnen abgeschnitten werden selbst dann, wenn es gelingen sollte, unseren Kolonialbesitz mit ungeheuren Opfern in so verteidigungsfähigen Zustand zu setzen, daß er uns nicht abermals aus Mangel an Eigenkraft in verhältnismäßig kurzer Zeit zum größten Teil geraubt werden kann. Wer also die Campine gegen Katanga, die Borinage gegen Kamerun, Briey gegen Togoland eintauschen will, für Kiautschou Ostende und Seebrügge, für die Südseeinseln Antwerpen hergeben will, der erwirbt für sicheren Besitz unsichere Spekulationspapiere, in die er viel Geld und Gut stecken muß, ohne zu wissen, in wessen Tasche er zahlt. Die Helden aber, die auf afrikanischem Boden so lang und glorreich gefochten, mögen sich in dem Bewußtsein trösten, daß auch sie für die Heimat Blut und Leben ließen, und hier müssen wir ohne Sentimentalität bekennen: nicht jeder Fleck, um den deutsches Blut geflossen ist, kann unser sein. Erreichen wir aber ohne Preisgabe wesentlicher europäischer Punkte die Rückgabe und Erweiterung unseres überseeischen Besitzes, dann frisch zugegriffen! Nur wird man sich fragen können, ob unseren nun einmal gegebenen Verhältnissen entsprechend die Herstellung des alten Schutzverhältnisses des Reiches über private koloniale Siedlungen nicht das empfehlenswerteste für die Zukunft wäre.

Festhalten also gilt es, aber darum noch nicht weite fremde Landstriche zu deutschem Gebiet machen, Millionen Fremder zu deutschen Staatsbürgern. Es wäre ebensowenig im Interesse des Reiches als in dem der ehemaligen Belgier, wenn der Reichstag über sie und sie im Reichstag über alle Angelegenheiten des Reiches zu beschließen hätten. Nicht mit dem belgischen Volk, nur mit seiner Regierung führen wir Krieg, nur sie hat unsere wohlgemeinten Friedensvorschläge immer von neuem abgelehnt. Ihr gegenüber sind wir jeder Verpflichtung ledig. Aber andere Verpflichtungen haben wir dafür übernommen. Den größeren Teil des ehemaligen

Königreichs Belgien bewohnt ein uns aufs nächste verwandter Stamm: die Flamen. Schon Cäsar weiß zu berichten, wie an den Mündungen der Maas und Schelde deutsche Einwanderer das gallische Element zurückgedrängt haben. Seit Jahrhunderten ist die Grenze zwischen Flamen und Wallonen die gleiche geblieben, aber sie hat nie zur Bildung eines selbständigen flämischen Staatswesens geführt, weil sie strategisch so ungünstig verläuft, daß das flämische Sprachgebiet ohne das wallonische Hinterland militärisch und politisch zur Ohnmacht verurteilt wäre. Anfang des vorigen Jahrhunderts, als die Stürme der französischen Revolution und der napoleonischen Zeit, unzählige geistige Güter vernichtend, über das Land dahingebraust waren, schien die Wagschale sich zugunsten des germanischen Stammes zu neigen. Im vereinigten Königreich der Niederlande überwog der niederdeutsche Einfluß. Aber er kam in den südlichen Niederlanden aus allerhand Gründen, unter denen die Verschiedenheit der Religion nicht der geringste war, nicht auf. Seit der Trennung von Holland bekam im neugegründeten Königreich Belgien unter einem deutschen Fürsten der französische Einfluß das Übergewicht. Mühsam errangen in langen Kämpfen die Flamen papierene Rechte. Die wallonische Beamtenschaft, noch mehr die franskillionischen Flamen, die auch bei uns wohlbekannten Anbeter einer stammfremden Kultur, die ihnen als die feinere galt, weil sie im Grunde sie sich gar nicht zu eigen machen konnten, ließen die flämischen Bestrebungen nirgends aufkommen. Als die ersten deutschen Bataillone flandrischen Boden betraten und unsere Truppen und die flamischen Bauern sich, nicht nur äußerlich, gar nicht so schlecht verstanden, da regte sich erst leise, dann immer lauter die Hoffnung, vom Feinde könne die Rettung kommen, der feindliche Bruder könne zum Freund und wahren Bruder werden. Wohl hielt die Erinnerung an das erlittene Leid, an die Angehörigen dort an der Yser im Kampf mit eben diesen Deutschen viele und nicht die schlechtesten zurück. Als aber unser Kaiser zur Ver-

waltung des besetzten Landes Männer sandte, denen ganz offenbar, wie das Wohl Deutschlands, so auch das des ihnen nach Kriegsrecht unterstellten Staates am Herzen lag, da wuchs mit dem Vertrauen zu diesen Männern auch die Hoffnung für die Zukunft. Und wir Deutschen vom Kaiser und Kanzler an haben alles getan, um diese Hoffnungen zu nähren, um wieder gut zu machen, was wir vor dem Kriege versäumt hatten und was wir während des Krieges an Wunden schlagen mußten. Jetzt empfingen aus unseren Händen die Flamen die Durchführung und Fortbildung der kurz vor dem Krieg beschlossenen Sprachen- und Schulgesetze, sie empfingen die flämische Genter Hochschule mit den an sie angeschlossenen Fachschulen, sie empfingen die Verwaltungstrennung. Und in feierlicher Rede hat soeben der Reichskanzler den Flamen den Schutz des Deutschen Reichs auch für die Zeit nach dem Frieden zugesagt. Die Ehre des Reiches, des deutschen Namens in der weiten Welt ist eingesetzt. Sie ist den fast fünf Millionen Flamen gegenüber verpfändet, die uns verachten müßten, wenn wir unsere Zusage nicht halten wollten, solange es die Ereignisse des Krieges nur irgend zulassen wollten.

Von sich aus, wir sahen es aus der Geschichte, ist Flandern unfähig, seine eigene Freiheit zu wahren. Es braucht den militärisch-politischen Schutz eines Mächtigeren, das kann in diesem Falle, solange es besteht, nur das Deutsche Reich sein. So laufen hier Flanderns und Deutschlands Belange ganz und gar gleichförmig. Das hat vor genau 70 Jahren Gustav Höfken, der deutsche Nationalökonom aus dem Kreise Friedrich Lists, des Vaters von „Mitteleuropa", der Freund des Flamen Snellaert und des weitblickenden österreichischen Handelsministers von Bruck, klar erkannt. Vor wenigen Wochen hat der Dozent an der flämischen Hochschule in Gent, Dr. A. Jakob, in seiner Schrift „Höfkens politieke Briefwisseling met Snellaert" die Bedeutung des Mannes auf Grund der Genter Archive und Höfkens Schriften, darunter seinem 1847 erschienenen

Hauptwerk „Flämisch-Belgien", in das rechte Licht gestellt. Da heißt es einmal: „Wenn man dieses schöne Land in seinem Wesen, trotz der langen Ungunst äußerer Verhältnisse, von den französischen Einflüssen noch nicht zernagt sieht, so muß man daraus die Hoffnung auf seine deutsche Erhaltung schöpfen und beklagt nur noch, daß durch Trennung und Entfremdung von dem geistigen Gemeingute deutscher Nation seine Entwicklung verzögert und gehemmt wird. — In Handel und Schiffahrt hat Belgien aufgehört, für uns ein fremdes Land zu sein, ja wir bauen auf dem wechselseitigen Verständnisse der Gewerbe-, Handels- und Seebelange sogar große Hoffnungen für die Zukunft — die erleichterte Eroberung eines mächtigen unmittelbaren Bedarfshandels mit den überseeischen Ländern." Der Krieg hat diese durch die Ereignisse nach 1848 in weite Ferne gerückten Möglichkeiten uns unverhofft wieder nahe gebracht. Von dem Gegensatz der Flamen und Wallonen, der anfangs der Besetzung fast verschwunden schien, um dann mit elementarer Gewalt wieder hervorzubrechen, bis zu jener Forderung der völligen Trennung der flämischen und wallonischen Landesteile, die nach Vollendung der Verwaltungstrennung wenigstens in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist, urteilt Höfken: „Ein tiefer Zwiespalt nagt zwischen den beiden Volksteilen, dem kleinern aber herrschenden wallonisch-französischen und dem größeren gedrückten flämisch-deutschen; sodann erscheint die Lage des jungen Staates in seiner kommerziellen wie politischen Vereinzelung nach außen nicht gesichert, und in diesem Gefühl der Unsicherheit schwankt er noch hin und her, und sucht bald hier bald dort seiner Vereinzelung zu entfliehen, ohne doch zu festem Entschlusse und in das rechte Gleichgewicht zu kommen. An die glückliche Lösung dieser beiden innig miteinander verbundenen Fragen knüpft sich Belgiens Zukunft, sie sind die wichtigsten für jede Betrachtung des Landes. Wird der innere nationale Gegensatz glücklich aufgelöst im Rechtsleben des Staates, was nur durch völlig gleiche Berechtigung beider Teile mög-

lich ist, und findet der Staat nach außen eine Stellung, die sein inneres Gleichgewicht, seine innere Selbständigkeit befestigt und ohne Gefährdung derselben seine Isolierung aufhebt, was nach meiner Überzeugung nicht im Verbande mit dem zentralisierten Frankreich, wohl aber und allein durch föderative Aufnahme in den deutschen Staatenbund erreichbar ist; dann erst dürfte das junge Königreich sich seiner vollsten Gewißheit im Bestehen und Gedeihen hingeben können." Auch die Frage eines Zollanschlusses erwägt Höfken. 1842 schreibt er aus Augsburg, der Stadt, die im ausgehenden Mittelalter und in der Renaissance so viel Verbindungen mit Flandern hatte: „Eine Zolleinigung mit Frankreich? Würde sie nicht dem Übergewicht der französischen Sprache und des welschen literarischen Einflusses noch das ganze Gewicht der materiellen Interessen beifügen? Ich kann nicht ohne die größte Besorgnis daran denken: die Neigung des Königs, wenn die französischen Blätter wahr sprechen, die offenbare Abhängigkeit aller wallonischen Ministerien von Frankreich scheinen mir nichts wünschenswerter zu machen als ein belgisches Ministerium, worin auch der flämische Teil Vertretung findet... Was denken die klarsehenden Männer bei Ihnen über die Zollvereinigung mit Frankreich, die Euch ja deshalb anempfohlen wird, weil alsdann eine „Wiedervereinigung" mit Frankreich unnötig erscheint? Der gallische Hochmut schmäht selbst dann, wenn er schmeicheln will ... Die Leiden Flanderns tun mir innig weh, aber nimmermehr glaube ich, daß der Zollanschluß an Frankreich sie dauernd heilen könne. Die Handspinnerei (bekanntlich die älteste und wichtigste Industrie Flanderns) ist einmal auf die Dauer nicht zu erhalten, auch nicht, wenn Belgien sich an Frankreich schließt; also nur die großen Besitzer der Maschinenspinnereien und Webereien würden gewinnen. Und um dem Interesse dieser wenigen Fabrikanten zu frönen, sollten die allgemeinen Belange des Landes, die herrliche Lage Antwerpens für die Vermittelung des deutschen Handels, die Zukunft und die Unab-

hängigkeit Belgiens geopfert werden? Denn ein Zollanschluß an das zentralisierte Frankreich muß den politischen nach sich ziehen; nicht so die Annäherung ans föderale Deutschland, gegen das nur noch Vorurteile schreien. Also wehrt Euch, daß Frankreich nicht im Frieden Belgien erobere! Ich hoffe Belgien und Deutschland noch aufs innigste verbunden zu sehen, wenn auch nicht gerade durch unmittelbaren Staatsverband, so doch durch Verschmelzung der Belangen." Leider verhallten die Worte Höfkens unerhört: Deutschland hatte andere Sorgen. Aber erstaunlich bleibt, wie weit vorausschauend der Mann die Probleme begriff, wie klar er den deutschen und den flämischen Standpunkt erfaßte, mit seinem gütigen Herzen eindringend in des stammverwandten Volkes Not. Vieles kann noch heute nicht besser gesagt werden; und wenn einer der Führer des flämischen Volkes diese Zeugnisse aus den Anfängen der flämischen Bewegung jüngst hervorgezogen hat, so dürfen wir glauben, daß ein nicht allzu kleiner Teil seiner Landsleute ähnliches erstrebt, wie einst Höfken und Snellaert.

Aber damit das Deutsche Reich Flandern schützen kann, muß es auch der Wallonei sicher sein, das lehrt ein Blick auf die Karte. Auch für die W a l l o n e i muß der von ihr selbst ersehnte Tag kommen, wo sie ihrer Freiheit genießt; freilich nicht in heimlichem Pakte mit Frankreich, sondern an u n s e r e r S e i t e. Wie Flandern muß auch die Wallonei ihre volle Unabhängigkeit in allen inneren Angelegenheiten behalten, aber das Lebensinteresse Deutschlands verlangt von ihr das Opfer, in den deutschen, nicht in den französischen Machtbereich zu treten. Es ist nur eine verhältnismäßig dünne Oberschicht, deren französische Sympathien so stark sind, daß sie vermutlich lieber den Staub von den Füßen schütteln werden, als sich in das Unvermeidliche fügen. Ihnen den Übertritt nach Frankreich, das sie ja längst öffentlich ihr vorzüglichstes Vaterland genannt haben, so leicht wie möglich zu machen, muß Ehrenpflicht sein. Die anderen, unter ihnen die vielen Tau-

sende von eingewanderten Flamen, werden sich mit dem neuen Zustand abzufinden wissen, ja vielleicht ihre alte völkische Zugehörigkeit wiederfinden. Um so mehr, wenn im Kohlenrevier der Campine, mitten in flandrischen Landen eine neue, überaus hoffnungsvolle Industrie erblüht, die damit aufräumt, daß alle Fabriken, alle Technik wallonisch sind. Es darf hier darauf hingewiesen werden, daß die Flamen der einzige germanische Stamm sind, der in den letzten 60 Jahren in fremdes Sprachgebiet eingedrungen ist: an der Sprachgrenze sind, wie mich einer der besten und ältesten Kenner der Verhältnisse, ein fast 80jähriger katholischer, flämischer Priester und Dichter belehrt hat, im Verlauf der letzten Generationen mehrere Orte flämisch geworden, die ehedem wallonisch waren. Das hängt mit der größeren Geburtenzahl unter den Flamen zusammen.

Wenn wir so Flanderns innere Freiheit in den mächtigen Schutz des Deutschen Reiches gestellt und damit zugleich unsere Heimat vor künftigen Überfällen gesichert haben, dann ist unser zweites Kriegsziel erfüllt: die Wahrung des Daseinsrechtes der kleinen flämischen Nation — von der freilich im Gegensatz zu Letten, Polen, Lothringern und Welschtirolern unsere Gegner nichts zu wissen scheinen —, die Festigung der niederdeutschen Macht an der Nordsee.

Allein, höre ich ängstliche Gemüter fragen: bedeutet eine solche Ausbreitung deutschen Machtbereichs nicht die unabsehbare Verlängerung dieses Krieges, und zum mindesten die Heraufführung eines zweiten Weltkrieges in kurzer Zeit? Fortführen werden unsere Feinde diesen Krieg, das hat die Art der Abweisung unseres Friedensangebotes gezeigt, bis sie die Überzeugung haben, daß entweder wir am Boden liegen oder daß ihre Kraft sich vergeblich erschöpft. Beenden können wir den Krieg natürlich jeden Tag, indem wir alles eroberte Land herausgeben, eine Kriegsentschädigung zahlen und den von uns verlangten Teil von Elsaß-Lothringen oder besser noch das Ganze abtreten. Daß wir dann keine

Flotte mehr bauen können, daß unser Handel ganz von England abhängen wird, wir nur die Schrittmacher Englands auf dem Weltmarkt werden sein dürfen, daß man unserer Industrie die Rohmaterialien sparsam zumessen wird und der deutsche Arbeiter besser tun wird, bei kargem Lohn in der Fremde sein Brot für andere zu verdienen, daheim aber recht bescheiden billige Ware wird herstellen dürfen, folgt so nebenbei, aber um so sicherer. Erfüllen wir eine dieser geschriebenen und ungeschriebenen Bedingungen nicht, dann wird man uns im nächsten Krieg, der auf unserem eigenen Grund und Boden ausgefochten werden wird, bald genu dazu zwingen. England, unser grimmigster Gegner, kennt kein Mitleid, nur harte Tatsachen. Aber es rechnet auch mit solchen. Geben wir klar zu verstehen, daß wir Belgien nicht aufgeben, es sei denn so, wie wir eben Gebiete Nordfrankreichs geräumt haben, daß wir fest entschlossen sind, ihm künftig Aug' in Aug' zu sehen, falls nach geschlossenem Frieden wieder der Kampf beginnen sollte; und hat es die Überzeugung, daß es uns ernst damit ist, dann wird es sich der Notwendigkeit beugen, und weil wir in Belgien stehen, versuchen, sich mit uns zu vertragen. Vor Jahren sagte mir ein Engländer, es müsse zwischen uns und England ein Faschoda geben (das bekanntlich die Franzosen auf englisches Geheiß geräumt haben), sonst könnte keine Freundschaft zwischen England und uns werden. Ich meinte, dann seien die Aussichten schlecht, wenn er nicht wünsche, daß England Frankreichs Rolle übernehme. Heute, meine ich, sind die Aussichten bedeutend gebessert. Wir müssen nur vom Standpunkt jenes Deutschen — es war der erste beste nicht — lassen, dem ich vor einigen Monaten die Notwendigkeit der Sicherung unserer Grenzen durch die Sicherung des deutschen Einflusses in Belgien darlegte: „Aber bedenken Sie das viele Blut, das England um Flanderns willen vergossen hat."

Wir haben doch die Sentimentalitäten verlernt; aber nicht verlernt haben wir den Wunsch nach Frieden, nach einem Mittel, das eine Wiederkehr eines Weltkrieges, wie

diesen, unmöglich macht. Idealisten schwärmen wohl von einem Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigung, einem Frieden der Verständigung, der dahin führen soll, daß kein Volk sich vergewaltigt fühlt; neue Staaten mit selbständigen Völkern könnten dabei entstehen, wie ein freies Polen, aber kein Volk dürfe irgendwie gezwungen werden, sich dem einen oder andern Teil anzuschließen. Bei keinem Volk soll ein Stachel in der Brust zurückbleiben, sie alle sollen diese Jahre des Kampfes über der allgemeinen Völkerversöhnung vergessen. Einen Frieden, der alle Teilnehmer befriedigt, hat es nie gegeben und kann es nie geben, am wenigsten nach solchem Ringen, wie wir es erlebt haben. Unsere Gegner glauben das Heilmittel in der Vernichtung Österreich-Ungarns und vor allem der deutschen Militärmacht, dem Zerfall der Türkei und der Beschränkung Bulgariens auf seinen alten Umfang gefunden zu haben. Für uns ist dies Rezept leider nicht anwendbar. Aber wir kennen ein anderes: unsere Stellung auf dem Festland so zu sichern, daß wir England imponieren, daß es die Lust verliert, uns das freie Meer streitig zu machen, zum zweiten Male eine Welt wider uns in die Waffen zu rufen. Einem Volk, das durch 44 Jahre, während alle anderen Nationen Krieg auf Krieg führten, Frieden gehalten hat, können bei ruhiger Überlegung seine Nachbarn und die anderen Neutralen nicht verwehren, sich zu kräftigen, wenn das wohlverdiente Kriegsglück ihm die Gelegenheit darbringt. Sie zu nutzen ist Pflicht gegen unsere Kinder und Enkel: ihnen gilt unser drittes Kriegsziel: die Gewähr für die Freiheit der Meere und dafür, daß ein ähnlicher Weltkrieg sich gegen Deutschland niemals wiederholen wird. Und sie finden wir allein in Belgien.

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.

Koloniale Friedensziele

Die Frage, was hinsichtlich unseres Kolonialbesitzes durch den Friedensschluß zu erstreben ist, setzt die Erledigung einer anderen Frage voraus, nämlich der: **Was bedeutet uns deutscher Kolonialbesitz?**

Vielfach ist es leider bei uns noch so, daß man im eigenen Kolonialbesitz weniger eine unbedingt notwendige Tatsache als vielmehr ein hübsches Ornament am gesamten Reichsbau sieht. In weiten Kreisen nicht nur der Sozialdemokratie war es ja bis zum Krieg vielfach eine feststehende Überzeugung, daß unser Drang zum eigenen Kolonialbesitz weniger in tatsächlichen Notwendigkeiten wurzelte, als nur in einem gewissen imperialistischen Drang zum Landbesitz. Keinem andern als dem Reichskanzler Grafen Caprivi, demselben, unter dessen Kanzlerschaft uns Helgoland im Eintausch gegen gewisse Rechte in Ostafrika und Südwestafrika zufiel, wird ja das Wort zugeschrieben: „Ein Jahr gebe ich Südwestafrika noch, haben sich die Dinge dann nicht geändert, dann lasse ich es fallen." Ob dieses Wort tatsächlich gefallen ist oder nicht: Tatsache war jedenfalls, daß wir in den weitesten Schichten des deutschen Volkes mit einem merkwürdigen Unverständnis gegenüber allen weltpolitischen Fragen rechnen mußten. Ein weltpolitisches Unverständnis, das letzten Endes doch um so unbegreiflicher ist, als wohl kein Land der Erde in dem Maße zur kulturellen Erschließung der Erde beigetragen hat, wie es seit den Tagen der Hansa, der Fugger, der Welser die Deutschen in allen Breiten getan haben.

Insbesondere gilt dieses beklagenswerte Unvermögen zur Erkenntnis der weltpolitischen Zusammenhänge von den

weltwirtschaftlichen Fragen. Anders wäre es doch nicht zu erklären, daß man selbst jetzt, wo die Abschneidung Deutschlands von der übrigen Welt dem naivsten Auge klar gemacht hat, in welchem Umfang wir von dem Auslande abhängig geworden waren, wo nur durch die allerschärfste staatliche Bewirtschaftung und Rationierung es möglich gemacht wird, mit den Dingen auszukommen bzw. sie zu ersetzen, die uns früher in Millionen- und Milliardenwerten vom Ausland zugeflossen waren, den weltwirtschaftlichen Sicherungen so wenig Interesse entgegenbringt.

Bismarck ist bekanntlich nur zögernd und widerwillig in die Kolonialpolitik hineingegangen. Sein Werdegang als Preuße-Deutscher, der in einer Zeit wurzelte, in der Weltwirtschaft und Weltpolitik für Deutschland mehr oder weniger schemenhafte Begriffe waren, hemmte ihn zwar, ließ ihn aber doch fast instinktiv erkennen, in welcher Richtung sich in erster Linie die Ziele eines deutschen Kolonialbesitzes bewegen mußten. In der bekannten Rede über die englische Politik in Ägypten, die er am 13. März 1885 im Reichstag hielt, sagte er unter anderem: „Nehmen Sie an, wenn ein Teil der Baumwolle, des Kaffees, den wir bei uns importieren, auf deutschem Grund und Boden übersee wüchse, wäre denn das nicht eine Vermehrung des deutschen Nationalreichtums? Wir kaufen jetzt die sämtliche Baumwolle von Amerika und sind auf eine gewisse Kontrolle der Amerikaner angewiesen — wenn wir demgegenüber mit der gleichen Intelligenz, wie die Amerikaner ihre Baumwolle pflanzen und bearbeiten, in Gegenden wie Neuguinea, wie Kamerun, wie die afrikanischen äquatorialen Gegenden, Baumwolle züchten könnten, die wir nicht mehr von Ausländern, sondern von deutschen überseeischen Besitzern kaufen würden, so wäre das ein Vorteil für unser nationales Vermögen, während jetzt das Geld, das wir für Baumwolle, Kaffee, Kopra und alle solche äquatorialen Produkte ausgeben, rein à fonds perdu herausgeht aus unserm Vermögen." In diesem Worte ist in Kürze

einer der Hauptzwecke deutschen Kolonialbesitzes enthalten. Es wird bei uns leider so viel übersehen, daß wir in demselben Maße, in dem wir zum Industriestaat wurden, in eine Abhängigkeit vom Ausland hineingeglitten sind, deren Schädlichkeit noch immer nicht genügend anerkannt worden ist. Als Bismarck auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, belief sich unser ganzer Auslandshandel nur auf noch nicht ein Viertel dessen, was in den letzten Jahren vor dem Kriege umgesetzt wurde. Die Bevölkerung war damals noch zur reichlichen Hälfte von der Landwirtschaft abhängig, während auf Industrie und Handel knapp 40% entfielen. 1907 aber entfielen von der Gesamtbevölkerung von fast 62 Millionen nur noch 28% auf die Landwirtschaft, während Handel und Industrie 56% Arbeit und Brot gaben. Die Gesamtsumme unserer Rohstoffeinfuhren zur Zeit Bismarcks umfaßte nicht mehr, als heute allein zwei oder drei der großen Einzeleinfuhrprodukte zusammen ausmachen. In demselben Maße, in dem unsere Bevölkerung wuchs, waren wir eben gezwungen gewesen, jährlich mehr und mehr Rohstoffe aus dem Auslande einzuführen.

Es braucht nur daran erinnert zu werden, welche Bedeutung im gesamten Volks- und wirtschaftlichen Leben heute die Baumwolle spielt und daß von ihrer Verarbeitung Millionen von Arbeitern mit ihren Familien abhängig geworden sind, um darzutun, welche große Rolle das Rohstoffproblem für die Zukunft bei uns spielt. Man kann aber ohne Übertreibung sagen, daß das Rohstoffproblem im wesentlichen ein überseeisches und damit in der Hauptsache ein Kolonialproblem ist. 45% unserer *gesamten* Einfuhr entstammten zuletzt überseeischen, also außereuropäischen Ländern. Im Verlaufe von 25 Jahren hatte sich dieser Anteil verdoppelt, und *an Rohstoffen waren es zuletzt sogar* 57%, die wir aus überseeischen Ländern erhielten. Wenn man deshalb, wie das kürzlich von einem nationalliberalen Abgeordneten im Preußischen Abgeordnetenhause geschehen ist, in den auf der Pariser Wirtschafts-

konferenz gefaßten Beschlüssen der Entente eine Bedrohung unserer Rohstoffversorgung und damit unserer auf Gedeih und Verderb auf sie angewiesenen Wirtschaft sieht, dann ergibt sich ohne weiteres, daß die Möglichkeit zur Abwehr dieser Gefahr nicht so sehr auf europäischem Boden, sondern mindestens in ebenso starkem Umfang auf überseeischem Gebiet zu suchen ist. Wie stark wir hinsichtlich der Rohstoffversorgung und damit in unserem ganzen Dasein vom Ausland abhängig waren, dafür möge die nachstehende Tabelle als Belag dienen.

Einfuhr	1896 in Mill. Mark	1913 in Mill. Mark	Davon Anteil aus englischen Kolonien in Million. Mark
Reis	19,1	103,8	77,2
Raps, Rübsen	17,6	38,8	29,8
Erdnüsse	2,3	28,2	13,4
Sesam	5,5	43,7	11,9
Leinsaat, Leinmehl	47,2	129,7	16,6
Baumwollsamen	—	37,3	35,3
Sojabohnen, Schinüsse usw.	—	23,4	4,3
Palmkerne . . . . Kopra	26,7	225,9	146,8
Baumwolle und Linters . .	238,8	628,2	134,7
Jute und Juteweg . . .	24,9	94,0	89,2
Kakaobohnen, rohe	12,1	67,1	22,9
Tee	4,2	8,0	2,3
Pfeffer	2,4	6,4	3,9
Gerbstoffe (außer Gerbrinden)	—	10,8	2,8
Schellack	5,5	6,9	6,5
Akazien-, Kirschgummi usw.	—	3,8	3,4
Kautschuk, roh und gereinigt Guttapercha	34,8	137,0	48,1
Übertrag:	—	1593,0	649,1

Einfuhr	1896 in Mill. Mark	1913 in Mill. Mark	Davon Anteil aus englischen Kolonien in Million. Mark
Übertrag:	—	1593,0	649,1
Talg von Rindern und Schafen	9,1	18,2	5,8
Kokosnüsse, roh.	—	4,6	3,9
Merinowolle		229,3	184,5
Kreuzzuchtwolle	277,5	182,5	37,5
Straußfedern.	—	9,8	8,7
Rinderhäute	—	321,7	57,5
Palmöl	4,7	9,8	8,4
Reisabfälle (Viehfutter) . .	—	20,0	9,9
Ölkuchen, Ölkuchenmehl .	29,7	118,5	6,1
Zinkerze	1,3	36,7	19,9
Zinn	17,1	58,1	14,6
Rohkupfer	54,7	335,3	19,9
Tabak	102,0	134,3	—
Kaffee.	189,3	219,6	4,5
Lufa, Piassava usw. . . .	—	4,9	0,7
Stuhlrohr	—	8,7	5,4
Mimosa=, Mangroverinden usw.	—	6,7	4,7
Elfenbein	3,4	8,7	1,9
Glimmer	—	6,9	5,2
Bleierze	—	36,2	32,4
Manganerze	3.0	28,8	8,9
Wolframerze	—	10,6	4,9
Zinnerze.	—	42,1	2,3
Chilisalpeter	67,4	171,9	—
Edelhölzer, tropische . . .	—	7,3	3,5
Kopale	—	5,4	1,6
Zusammen . . .	—	3629,6	1101,8

Zu dieser Tabelle*) sei bemerkt, daß bei einer Gesamteinfuhr von 11,21 Milliarden Mark im Jahre 1913 die tropischen und subtropischen Rohstoffe rund ein Drittel der Gesamteinfuhr umfaßten. Weiter aber weist sie nach, in welch umfangreichem Maße wir bereits von englischen Kolonien abhängig geworden waren. Wenn es früher auch zum Dogma weiter Kreise gehörte, daß es uns gleichgültig sein könne, wer uns die Rohstoffe liefere, wenn wir sie überhaupt nur bekämen, so kann gerade nach den Erfahrungen des Krieges und nach den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz ernsthaft doch nicht mehr mit einem solchen Argument gearbeitet werden. Es kann nicht eindringlich genug betont werden, daß selbst bei einem noch so vollständigen Sieg der Waffen über England dieses zusammen mit seinen Bundesgenossen, aber auch allein, dank seinem alles hervorbringenden, über die ganze Welt verstreuten Kolonienbesitz, stark genug wäre, um dauernd als klammernde Faust an der Gurgel der deutschen Wirtschaft zu drücken. Was es aber bedeuten würde, wenn England aus irgendwelchen Gründen uns die Rohstoffzufuhren erschwerte oder unmöglich machte, soweit seine Kolonien sie liefern, liegt doch auf der Hand: Die Möglichkeit zur Arbeit und damit zur Ernährung von zahlreichen Millionen deutscher Einwohner wäre in Frage gestellt! Wir könnten uns auf nichts anderes gefaßt machen, als auf das Wiederaufleben der Auswanderung, die uns in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Millionen unserer Bevölkerung und damit gewaltige nationale und wirtschaftliche Werte gekostet hat.

Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß unsere gesamte Industrie, die Schafwolle verarbeitet, völlig abhängig von der Lieferung von zwei englischen Kolonien ist,

---

*) Die Tabelle enthält bei weitem nicht alle überseeischen, zur Einfuhr gebrachten Rohstoffe; z. B. ist Seide fortgelassen. Auch Nahrungsmittel sind nicht aufgenommen. In der Hauptsache enthält sie nur diejenigen Naturerzeugnisse, die von unserer Industrie benötigt werden.

Australien und Südafrika, die uns in den letzten Jahren regelmäßig für über 200 Millionen Mark Rohwolle zuführten. In welchem Maße übrigens England in der Lage und gewillt ist, von seinem Recht des glücklichen Besitzers Gebrauch zu machen, davon haben uns die letzten Monate bereits einen kleinen Vorgeschmack geliefert.

In demselben Umfange, wie die Gewinnung von tierischen Fetten in Deutschland zurückging, waren wir gezwungen, tierische, aber namentlich pflanzliche Fette aus dem Ausland einzuführen. Nachdem es gelungen war, den pflanzlichen Fetten die ihnen anhaftende Fettsäure zu nehmen, wurden aus ihnen alle Stoffe hergestellt, die, wie Palmin, Palmona usw., im deutschen Hausstand die Butter ersetzten. Ihren Ursprung hatten ein großer Teil der zur Herstellung des Buttterersatzes sowie zur Seifenfabrikation dienenden Stoffe neben der Kopra in den Früchten der Ölpalme, insbesondere dem Palmkerne. An Palmkernen mußten wir im letzten Friedensjahre mehr als eine Viertelmillion Tonnen im Werte von rund 100 Millionen Mark einführen, und zwar fast ausschließlich aus englischem Gebiet, nämlich den westafrikanischen Kolonien Englands. Tatsächlich übte England auf diese Weise ein um so schwerer wiegendes Monopol aus, als Deutschland sieben Achtel der gesamten englisch-afrikanischen Palmkernernte für seine Industrie brauchte. Für jährlich rund 250 Millionen Mark wurden an Industrieerzeugnissen aus diesen Palmkernen gewonnen, wobei bemerkt werden muß, daß auch die Landwirtschaft insofern an der Palmkernindustrie interessiert war, als diese einen großen Teil der als Kraftfutter dienenden Ölkuchen lieferte. In richtiger Erkenntnis der Abhängigkeit, in der sich Deutschland somit von der Einfuhrmöglichkeit aus englischen Gebieten befand, hat die englische Regierung kürzlich ein Gesetz erlassen, wonach während des Krieges und 5 Jahre nach ihm ein Zoll von 2 Pfund Sterling auf jede Tonne von englischen Kolonien nach nichtenglischen Gebieten ausgeführter Palmkerne gelegt wird, der nach Bedarf auf $3^1/_2$ Pfund erhöht

werden kann. Das bedeutet natürlich nichts anderes als eine vollkommene Vernichtung der deutschen Palmkerne verarbeitenden Industriezweige und damit das Lahmlegen einer Wirtschaftsform, in der Zehntausende von Arbeitern mit ihren Familien bisher ihr Auskommen fanden.

Um es noch einmal zu wiederholen: die Gefahr, die in dem großen Kolonialbesitz Englands einerseits und der Abhängigkeit unserer Industrie von der Rohstoffzufuhr andererseits liegt, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sich ihr gegenüber beim Friedensschluß verschließen, hieße dem deutschen Volk, das nur bestehen kann, wenn es Industrievolk bleibt, die physischen Daseinsmöglichkeiten nehmen.

Aus dieser Gefahr kommen wir auch nicht durch ein noch so enges Bündnis mit dem einzigen unserer Verbündeten, der über subtropische Gebiete verfügt, mit der Türkei, hinweg. Selbst wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Türkei besser wären, als sie tatsächlich sind — einstweilen ist noch nichts oder nur weniges vorhanden von dem, was wir brauchen, und wenn es überhaupt zu beschaffen ist, kann es nur unter Aufwand eines gewaltigen Kapitals geschehen — bleibt immer noch die Unzulänglichkeit bestehen, die darin liegt, daß eine vernünftige Wirtschaftspolitik nicht Alles auf die schwankende Brücke eines politischen Bündnisses setzen kann, dessen Dauer wir zwar erhoffen, aber doch nicht sicher voraussagen können.

Es wurde oben bereits ausgeführt, in welchem Maße die Frage der Rohstoffe eine Kolonialfrage ist. Wenn deshalb der Krieg uns eine bessere Sicherung hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Daseinsmöglichkeiten bringen muß, so schließt diese Forderung das Erstreben eines möglichst ausgedehnten Kolonialbesitzes in sich. Wenn auch heute noch nicht die Zeit gekommen sein mag, in der bereits spezifizierte

Wünsche hinsichtlich des zukünftigen deutschen Kolonialbesitzes aufgestellt werden können, so möge hier doch erwähnt werden, daß ein großer Teil der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu erlangen wäre, wenn der Krieg uns den größeren Teil des tropischen Afrika verschaffte. Es würde sich dabei im wesentlichen, soweit neue Erwerbungen in Betracht kommen, um die portugiesischen Kolonien Mosambik und Angola, den belgischen und französischen Kongo, Britisch-Westafrika und einen möglichst großen Teil Französisch-Westafrikas handeln. Innerhalb dieses Gebietes liegt, wie jeder statistische Ausweis darlegt, die Möglichkeit vor, einen überragend großen Teil derjenigen Rohstoffe, die unsere Industrie benötigt, in einem Umfang zu bekommen, der uns nicht nur eine völlige Deckung unseres eigenen Bedarfes garantiert, sondern uns noch einen Überschuß verschafft. Dabei muß allerdings erwähnt werden, daß, wenn nicht aus anderen, so schon aus wirtschaftlichen Gründen es unbedingt erforderlich ist, daß wir auch unsere Südseebesitzungen ungeschmälert zurückerhalten. Die Frage der Versorgung unserer Industrie und unserer Bevölkerung mit pflanzlichen Fetten ist nämlich in Afrika allein nicht restlos zu lösen. Die großen Mengen Kopra, die unsere Ernährung und unsere Industrie in gleichem Umfang fordern, sind nur im Bereich des stillen Ozeans zu erlangen.

Zu dem wirtschaftlichen Moment tritt aber ein anderes, nämlich das flottenpolitische. In demselben Umfang, wie wirtschaftlich unsere Interessen über Europa hinaus gewachsen sind, muß ihr Schutz angestrebt werden. Dem Schutz unserer überseeischen Interessen, unserer Schiffahrtsverbindungen mit ihren Hunderten Millionen an Kapital, dem Schutz unserer über die ganze Welt zerstreuten Handelshäuser sollten — das war doch der Hauptgrundsatz des Auslandsflottengedankens — unsere Auslandskreuzerflotten dienen. So sehr man auch das, was von den Auslandskreuzern zu Beginn des Krieges in der Störung des feindlichen Handels geleistet wurde, anerkennen muß, so kann man sich doch

andererseits keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Auslandsschiffe ihren Zweck letzten Endes doch nicht haben erfüllen können. Dem ganzen Auslandsflottengedanken lag leider der große Fehler zugrunde, daß man die Bedeutung der Flottenstützpunkte für das Wirken der Schiffe nicht genügend gewürdigt hatte. In dem Augenblick, als der Krieg ausbrach, war jedes der Auslandsschiffe auf sich selbst gestellt. Eine schwimmende Einheit, die nur so lange einen Wert darstellte, als sie noch über Munition verfügte. Wenn gesagt worden ist, daß Kolonialbesitz ohne Flotte wertlos ist, so kann man diesem Wort mit demselben Recht das andere entgegenhalten: Überseeische Flotten sind in Zukunft nicht mehr als altes Eisen wert, wenn hinter ihnen nicht die überseeischen Stützpunkte liegen, die imstande sind, ihnen jederzeit in Gestalt von Munitionsdepots, Kohlenlagern, Docks usw. einen Rückhalt bieten. Es hieße zum zweiten Male die Auslandskreuzer zum zwecklosen Tode verurteilen, wenn man nicht gleichzeitig dafür Sorge trägt, daß auf eigenem Grund und Boden, d. h. in deutschen Kolonien, die Flottenstützpunkte geschaffen werden, deren Notwendigkeit der Krieg so schlagend bewiesen hat.

Wenn man von Freiheit der Meere spricht, so soll man sich vor Augen halten, daß es im zwanzigsten Jahrhundert, in dem die Interessen Deutschlands sich über alle Breitengrade, über alle Länder des Erdballs, über alle Meere erstrecken, in demselben Maße die Freiheit des Verkehrs auf der Nordsee wie auf dem Indischen und Atlandischen und dem Stillen Ozean zu sichern gilt. Wie will man aber die Freiheit des Verkehrs auf dem Indischen und Atlantischen Ozean und dem Stillen Meer sichern, wenn man nicht an den Rändern dieser Meere so stark ist, um jeder Zeit imstande zu sein, den Frevler am Recht zu packen? Es wird leider auch jetzt noch so häufig übersehen, daß die Stärke Englands nicht so sehr in seiner geographischen Lage und

seiner zahlengemäß großen Flotte, als vielmehr in der Tatsache liegt, daß es an allen Plätzen der Welt sich in Gestalt seiner Flottenstützpunkte Machtzentralen geschaffen hat, die ihm erlaubten, auf allen Meeren als Herr aufzutreten. Man braucht sich ja nur vorzustellen, wie viel schlechter England auf den Ozeanen dastände, wenn es z. B. ohne Japan als Verbündeten und ohne seine Stützpunkte in Kapstadt, im Golf von Bengalen, auf den Falklandsinseln usw. in den Krieg gegangen wäre. Und andererseits stelle man sich einmal vor, um wieviel einschneidender die deutschen Auslandskreuzer hätten wirken können, wenn Daressalam am Indischen Ozean oder Lüderitzbucht und Duala am Atlantischen Ozean ausgebaute Flottenstützpunkte gewesen wären, in denen die Schiffe Ergänzungs- und Reparaturmöglichkeiten hätten finden können.

Noch ein Vorteil solcher Machtstützpunkte sei erwähnt: England und Frankreich haben Hunderttausende farbiger Truppen aus ihren Kolonien auf den europäischen Schauplatz werfen können und damit ihre eigene Volkskraft stark entlastet. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß der Krieg vielleicht seine jetzige Ausdehnung überhaupt nicht gewonnen hätte, wenn England und Frankreich nicht in ihren farbigen Kolonialbevölkerungen einen praktisch unerschöpflichen Kraftbehälter gehabt hätten. Verfügten wir über Flottenstützpunkte in Übersee, so wäre es unseren Flotten, gestützt auf sie, sicherlich nicht so schwer gewesen, diese Verschiffung des schwarzen Menschenmaterials völlig oder doch in der Hauptsache zu unterbinden. Der Gedanke könnte weiter ausgeführt werden, aber es mag bei dem Gesagten sein Bewenden behalten.

Nur eins sei auch in diesem Zusammenhang festgestellt: Wenn bei uns in Deutschland der Aufgabe unserer Südseekolonien oder ihrem Eintausch gegen andere überseeische Gebiete das Wort geredet wird, so muß dem schon aus dem Gesichtspunkte der Flottenstützpunkte heraus auf das allerentschiedenste widersprochen werden. Wie wollen wir denn in Zukunft in dem gewaltigen Becken des Stillen

Ozeans mit seinen großen deutschen Schiffahrtsinteressen diese Schiffahrt schützen, wenn wir selbst nicht über eigenen Besitz in ihm verfügen? Insbesondere in dem französischen Tahiti bietet sich eine Insel, deren Hafen nach der Meinung der Sachverständigen einen Stützpunkt geben kann, den zu erstreben gerade im Interesse der deutschen Schiffahrt im Stillen Ozean wünschenswert ist. Abgesehen von Tahiti verfügen wir übrigens auch in unseren bisherigen deutschen Südseeschutzgebieten über eine Reihe von Häfen, die nach sachverständiger Ansicht ohne sonderliche Schwierigkeiten zu hervorragenden Stützpunkten für deutsche Auslandsflotten gemacht werden können.

Ich erwähnte eben bereits das politisch-militärisch so bedeutsame Problem der Verwendung farbiger Soldaten. Frankreich hat, wenn die schwankenden Zahlenangaben, die darüber zu erlangen sind, annähernd stimmen, aus seinem west- und nordafrikanischen Kolonialbesitz, also den Kolonien Dahomey, Französisch-Guinea, Senegal und Elfenbeinküste sowie Marokko, Algier und Tunesien bisher rund eine halbe Million schwarzer Mannschaften herausziehen und sie auf europäischem Boden verwenden können. Daß tatsächlich namentlich der Westafrikaner in den Händen der Franzosen ein ausgezeichnetes Soldatenmaterial ergeben hat, haben die Berichte des Großen Generalstabes und der Kriegsberichterstatter im Westen mehrfach festgestellt. Anspruchslos, tapfer und dem Vorgesetzten, der ihn zu behandeln versteht, bis zum äußersten ergeben, hat der schwarze französische Soldat allen gegenteiligen Meinungen zum Trotz sich als ein Faktor erwiesen, der unserer Heeresverwaltung gelegentlich genug zu schaffen gemacht hat. Es braucht in dieser Hinsicht ja nur an die Ereignisse erinnert zu werden, die sich im Herbst 1916 in den Kämpfen um Douaumont usw. abgespielt haben. Wenn Frankreich bisher auf Grund freiwilliger Gestellung eine halbe Million Menschen aus seinen westafrikanischen Kolonien herausgeholt hat, so hindert es, wenn es nach dem Krieg über seinen

westafrikanischen Besitz noch weiter verfügen darf, nichts, die Rekrutierung der Neger noch in ganz anderer Weise auszugestalten, wie es bereits geschehen ist. Sind doch bereits Ende 1916 Anfänge gemacht worden, die auf die Unterstellung der gesamten eingeborenen Bevölkerung in Westafrika unter das französische Wehrgesetz hinzielen. Nichts würde Frankreich hindern, wenn die Verwaltung in Hinsicht auf die Rekrutierung intensiver gestaltet ist, in Zukunft bereits in Friedenszeiten Zehntausende oder Hunderttausende seiner schwarzen Soldaten in französischen Garnisonen zur Verfügung zu halten. Bei dem französischen Charakter kann man aber doch wohl sicher sein, daß, solange Frankreich aus den westafrikanischen Kolonien dauernd neues Kanonenfutter herausholen kann, das Feuer der Revanche sich immer wieder an dieser Kraftquelle entzünden würde. Es soll dabei ganz von der Schmach abgesehen werden, die überhaupt in der Verwendung farbiger Truppen auf europäischem Boden liegt und die die Gefahr in sich schließt, daß womöglich in einem hoffentlich fernen, aber immerhin doch möglichen Krieg unsere Grenzgebiete im Westen zum Tummelplatz für die Horden schwarzer Truppen werden, von deren bestialischem Wirken der jetzige Krieg doch Proben genug gegeben hat. Hier sei nur die Tatsache festgestellt, daß Westafrika in der Hand der Franzosen dauernd eine schwere militärische und damit politische Gefahr für Deutschland, überhaupt für den Weltfrieden darstellen würde. Würden deshalb nicht schon wirtschaftliche Gründe dazu nötigen, Frankreich nach Möglichkeit in Westafrika zu beschneiden, so zwingt die Rücksicht auf unsere Zukunft geradezu, Frankreich ein für allemal, wenn sich im Frieden die Möglichkeit dafür bietet, aus Westafrika zu entfernen.

Eine möglichst umfangreiche Aneignung französischen, englischen, belgischen und portugiesischen Besitzes in Mittelafrika würde außerdem einen anderen Vorteil bieten. Unserem bisherigen afrikanischen Kolonialbesitz haftete im

wesentlichen etwas Verzetteltes, Verstreutes an. Verhältnismäßig spät in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten, hatte Deutschland sich in der Hauptsache mit dem Anteil an der Welt begnügen müssen, den ihm unternehmende Männer in Erkenntnis der Tatsache, daß die Zeit zur endgültigen Aufteilung Afrikas gekommen war, in letzter Stunde hatten verschaffen können. Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika standen aber über Land in keinerlei Verbindung miteinander. Zwischen sie schoben sich von allen Seiten englische, französische, belgische und portugiesische Kolonialgebiete. Da ferner infolge der oben dargelegten Fehler der Flottenpolitik ein Schutz der Kolonien von der See her nicht möglich war, glichen sie sämtlich im Augenblick des Kriegsausbruchs zernierten Festungen, die lückenlos von allen Seiten eingeschlossen waren. In dieser Tatsache liegt der Hauptgrund, daß sie mit Ausnahme von Deutsch-Ostafrika mehr oder weniger schnell zur Beute des von allen Seiten andringenden Gegners wurden. Dabei zeigte sich aber, daß tropische Kolonien um so leichter zu halten sind, je größer sie sind. Kamerun und Deutsch-Ostafrika, diese beiden größten deutschen Kolonien auf afrikanischem Boden, das eine über dreiviertel Million Quadratkilometer, das andere eine volle Million Quadratkilometer umfassend, haben sich, trotzdem sie keineswegs auf einen Krieg gegen europäische Gegner eingerichtet waren, in einer Weise halten können, die die besten Kenner nicht voraussehen konnten. In beiden standen dem mit überlegenen Kräften ausgestatteten und mit allen Mitteln der modernen Kriegführung ausgerüsteten Gegner, der außerdem die Möglichkeit zur ständigen Ergänzung seiner Hilfsmittel von der Heimat her hatte, nichts als eine nur nach wenigen Tausenden zählende schwarze Schutz- und Polizeitruppe gegenüber, die beide ausschließlich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung organisiert und ausgerüstet waren. Um so schwieriger war die Lage dieser kleinen Verteidigerscharen, als sie, wie bereits gesagt, gleichsam in einer zernierten Festung lebten, in die nichts von außen hereinkommen konnte. Wenn

trotzdem Kamerun sich anderthalb Jahre halten konnte, bis die letzten Reste der Verteidiger auf dem neutralen spanischen Boden Schutz zu suchen gezwungen waren, und wenn in Ostafrika die kleine Schar Weißer zusammen mit einigen wenigen Tausend schwarzen Soldaten sich gegen rund 125 000 Mann Engländer, Belgier und Portugiesen noch heute mit Erfolg wehren kann, so liegt das Geheimnis dieser Tatsache in den gewaltigen Schwierigkeiten, die jedes umfangreiche tropische Gebiet mit seinen großen klimatischen und sonstigen natürlichen Hindernissen dem Eindringling entgegensetzt. Wenn schon ein Napoleon an der Niederringung des riesigen Rußland, an der Bewältigung des Raumes scheitern mußte, so wäre ein deutsches Mittelafrika, das vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean reichte, bei den natürlichen Verhältnissen der Tropen praktisch überhaupt unverwundbar. Tropisches Kolonialgebiet sichert sich eben durch seine eigene Größe. Je umfangreicher und geschlossener das Gebiet, um so besser ist es gegen den Angriff geschützt.

Ein deutsches Mittelafrika, wie es hier in seinen Grundlinien vorgezeichnet ist, würde außerdem weltpolitisch noch den großen Vorteil bieten, daß es dem Streben Englands, Herr Afrikas zu sein vom Kap bis nach Kairo, ein für allemal einen Riegel entgegenstemmte. In diesem Gebiet wären außerdem Küstenplätze genug vorhanden, die nach erfolgtem Ausbau in der Lage wären, die unbedingt für Deutschland erforderlichen Flottenstützpunkte für den Atlantischen und Indischen Ozean abzugeben. Ein solches deutsches überseeisches Reich in Afrika würde an seinem Teil den englischen Machtbollwerken in Afrika (Ägypten und Südafrika), die die wichtigsten Stützpunkte englischer Weltmacht überhaupt sind, ein Paroli bieten können. Es gäbe uns einen großen Teil unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit von England und außerdem die Mittel an die Hand, um England in seinen überseeischen Stützpunkten, den reichfließenden Quellen seiner Kraft, jederzeit mit Hilfe der Flotte und des Menschenmaterials, das in diesem zukünftigen Be-

sitz steckt, zu treffen. Wenn gegen einzelne Gebiete innerhalb des hier umrissenen Teiles Afrikas diese oder jene Einwendungen in wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Beziehung erhoben worden sind, wie z. B. gegen den belgischen Kongo, so können diese Einwendungen damit erledigt werden, daß ein an sich wertloses Gebiet in den Tropen überhaupt nicht vorhanden ist. Hier erhält jedes Gebiet seinen Wert nur und ausschließlich durch die Arbeit, die hineingesteckt wird. Die bisherigen Erfolge unserer Kolonialpolitik, insbesondere in Ostafrika und Kamerun, beweisen es, daß man aus Gegenden, die man im Anfang als Sumpf- und Fiebergegenden nicht niedrig genug einschätzen konnte, viel, sogar sehr viel gemacht werden kann. In knapp 30 Jahren hat deutsche Tatkraft sowohl in Ostafrika als in Westafrika aus Brachland Kulturoasen geschaffen, die auf dem besten Wege waren, in umfangreichem Maße sowohl Lieferanten als auch Abnehmer unserer Wirtschaft zu werden. Dr. Fischer schrieb Mitte der achtziger Jahre etwas spöttisch angesichts der deutschen Erwerbungen in Afrika: „Wo Afrika gesund ist, taugt es nichts, und wo es wertvoll ist, ist es ungesund." Unsere bisherige Kolonialgeschichte hat das Törichte, das in diesen Worten steckt, klar genug bewiesen. Wert und Unwert erhält jedes Land in Afrika erst durch die Tätigkeit des weißen Mannes.

Ein Wort sei in diesem Zusammenhang noch über Kiautschou gesagt. Wenn es auch nicht unter die Kolonien im engeren Sinne des Wortes gerechnet werden kann, so kann es doch in dieser Darstellung nicht ohne weiteres mit Stillschweigen übergangen werden.

Bei der Lage, in der wir uns Japan gegenüber befinden, kann man sich schon nicht im Zweifel darüber sein, daß der Versuch, es wiederzuerlangen, ein kaum erfolgversprechender sein wird. Nachdem einmal der Schmerz der Amputation überwunden worden ist, können wir es auch ruhig gestehen, daß uns dieses Gebiet trotz allem, was in ihm geleistet worden ist, kaum so nahe steht, daß man an den ziemlich aussichtslosen Versuch, es wiederzuerlangen, allzu viele Mühe

und womöglich Kompensationen auf anderem Gebiet verschwenden sollte. Schon vor dem Kriege hat es Stimmen genug gegeben, die in Kiautschou nichts als einen verlorenen Posten sahen. Der Krieg hat diese Auffassung bestätigt. Kiautschou in deutschem Besitz bliebe tatsächlich nichts anderes als ein Besitz von Japans Gnaden, ein Schwächepunkt der deutschen Weltpolitik, mit dessen dauerndem Verlust angesichts der steigenden Macht Japans jederzeit wieder gerechnet werden müßte. Derartige räumlich kleine Stützpunkte, wie Kiautschou einen darstellt, sind eben unhaltbar, und es wäre ein Fehler, das Experiment zum zweiten Male zu wiederholen.

Zusammenfassend können wir die kolonialen Friedensziele deshalb folgendermaßen darstellen:

In erster Linie muß Wert darauf gelegt werden, die restlose Rückerstattung unserer Afrika- und Südseekolonien zu erwirken. Insbesondere auch Südwestafrikas. In allen diesen Gebieten ist zu viel deutsches Blut geflossen, als daß man gewissen Gemütswerten nicht Rechnung tragen müßte. Ein Stück Seele des deutschen Volkes liegt in der Erinnerung an die Namen Naukluft, Waterberg usw. in Deutsch-Südwestafrika begraben. Und ähnlich liegen die Verhältnisse bezüglich der übrigen Afrika- und der Südseekolonien. Dazu kommt, daß in den bisher deutschen Gebieten zu viel deutsche Arbeit und Kapital investiert worden ist, als daß man diese Länder ohne zwingende Not aufgeben könnte. Das Verfahren, das Engländer und Franzosen in den von ihnen besetzten deutschen Schutzgebieten bewiesen haben, schließt auch die Möglichkeit aus, daß die bisher dort tätig gewesenen Deutschen unter fremder Flagge allzubald ihre Arbeiten mit einiger Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen könnten. Schließlich waren die Kulturarbeiten, die in den Kolonien geleistet worden waren, auch zu weit fortgeschritten, zu viel Arbeit und Kapital klebte an den tastenden Versuchen, die die ersten Jahrzehnte deutscher Kolonialpolitik in diesen Gebieten darstellten, als daß nicht unbedingt im Frieden dafür

Sorge getragen werden müßte, daß dem deutschen Unternehmergeist auch die Freude der Ernte bereitet werden müßte. Wenn bei uns sich Stimmen geregt haben, die einer Aufgabe Deutsch-Südwestafrikas das Wort reden, weil dieses Gebiet wirtschaftlich bei einem Anschluß an die Südafrikanische Union am besten gedeiht, so ist diesem Argument das mindestens ebenso starke entgegenzusetzen, daß Deutschland in der Welt mindestens über ein Gebiet verfügen muß, das zur Aufnahme von Auswanderern als weißen Ansiedlern geeignet ist. In den afrikanischen Tropen ist eine weiße Ansiedlung eine Unmöglichkeit. Die Erfahrungen, die wir nach dieser Richtung hin gemacht haben, haben sich als stärker erwiesen als theoretische Wünsche und Erwägungen. Wenn wir auch vielleicht auf lange Jahre hinaus mit einer Auswanderung nicht zu rechnen brauchen, so muß jetzt, wo sich die Gelegenheit zur Verteilung der Welt gibt, nach Möglichkeit doch daran festgehalten werden, daß es zum mindesten wünschenswert ist, ein Gebiet jenseits der Meere unter deutscher Flagge zu haben, auf dem deutsche Auswanderer Grund und Boden zur Unterkunft und Erwerbsmöglichkeit und nicht zuletzt damit auch zur Erhaltung ihres Deutschtums finden können.

Insbesondere ist Südwestafrika uns auch deshalb unbedingt notwendig, weil es das einzige deutsche Gebiet ist, von dem wir in der Zukunft einen Ersatz für das vorläufig fast ausschließlich englische Monopol bezüglich unseres großen Bedarfes an Schafwolle zu erwarten haben. Die in den letzten Jahren vor dem Krieg intensiver ausgestaltete Schafzucht hatte bereits die besten Ergebnisse gezeitigt, und es ist kein Grund einzusehen, weshalb nicht auf südwestafrikanischem Boden ähnliche Mengen an Wolle hervorgebracht werden könnten wie in dem ihm klimatisch sehr ähnlichen Südafrika.

Hinsichtlich der Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes in Afrika muß in erster Linie der Gesichtspunkt der Abrundung in dem Sinne maßgebend sein, daß die bisher in keinerlei Verbindung stehenden deutschen Besitzungen durch die Annexion feindlichen Kolonialbesitzes zu einem einheitlichen

Block zusammengeschmiedet werden, der durch seine Größe eine hinreichende Gewähr dafür bietet, daß ein neuerer Versuch, das Land mit Waffengewalt zu erobern, ein Beißen auf Granit bleibt. Der belgische Kongo allein könnte diese Gelegenheit zwar bezüglich der Verbindung Deutsch-Ostafrikas mit Kamerun geben. Er allein kann aber niemals auch zusammen mit unseren bisherigen Kolonien die wirtschaftliche Unabhängigkeit hinsichtlich der Rohstoffversorgung geben, die wir unbedingt nötig haben. Dazu brauchen wir insbesondere eine Ergänzung dieses Besitzes nach Nordwesten hin, in der Erwerbung des französischen westafrikanischen Besitzes und nach Möglichkeit des englischen Nigeriens und der Goldküste.

Dieses Gebiet würde uns zusammen mit unseren Südseebesitzungen die notwendige Unabhängigkeit vom Ausland hinsichtlich der Lieferung von Rohstoffen für unsere Landwirtschaft und Industrie sichern können. Vor allem aber kommt bei dem Streben nach dem Erwerb Französisch-Westafrikas der militärische Gesichtspunkt in Betracht. Westafrika weiter in französischen Händen würde, je gefestigter die französische Herrschaft in ihm wird, eine um so größere Gefahr für uns bedeuten, weil Frankreich vielleicht schon nach wenigen Jahrzehnten so viel an schwarzem Menschenmaterial aus ihm herausholen kann, daß der Verlust an Menschenkraft, den es einmal durch den Krieg erlitten hat und zweitens dauernd durch seinen Geburtenrückgang erleidet, reichlich wettgemacht werden könnte.

Unbedingt muß insbesondere gegenüber allen Strömungen, die für ein Aufgeben eintreten, an dem Besitz der Südseekolonien festgehalten werden. Abgesehen davon, daß sie die Hauptlieferanten der Kopra sind, von der unsere Industrie in ständig steigendem Maße riesige Mengen notwendig hat, gibt uns der Südseebesitz erst die Möglichkeit, die Forderung nach der Freiheit der Meere für das Gebiet des Stillen Ozeans zu verteidigen. Bei dem großen Aufschwung, den während des Krieges und durch ihn die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan genommen haben, und bei der

großen Rolle, die über kurz oder lang in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung China spielen wird, wäre es ein nicht wieder gut zu machender Fehler, wenn Deutschland seine territorialen Ansprüche im Stillen Ozean aufgeben würde. Inwieweit unser Besitz in der Südsee eine Erweiterung erfordert, soll im einzelnen hier nicht dargelegt werden. Hingewiesen werden mag nur auf die Tatsache, daß zurzeit das französische Neukaledonien der hauptsächlichste Lieferant für Nickel ist. Welche Bedeutung dieser Rohstoff erlangt hat, hat der Krieg ja auf das deutlichste bewiesen.

Endlich muß noch eine weitere koloniale Forderung gestellt werden.

Von dem Augenblick des Kriegsausbruchs an haben Frankreich und England auf der ganzen Welt nur ein Bestreben gezeigt: „Vernichtung der deutschen wirtschaftlichen Interessen und des deutschen Ansehens." Soweit nichtdeutsche Gebiete dabei in Betracht kommen, mögen sie bei dieser Erörterung ausschalten. Anders aber die deutschen Schutzgebiete. Welche Teile von ihnen auch immer unter die englische und französische Herrschaft gekommen sind, so hat sich allenthalben ein Streben zur Unterdrückung des deutschen Ansehens gezeigt, das an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert. Es braucht hier ja nur an die Tatsache erinnert zu werden, daß Frankreich die weißen Gefangenen aus Kamerun und Togo in dem mörderischen Klima von Dahomey unter der Aufsicht Schwarzer die niedersten Arbeiten hat verrichten lassen, daß Deutsche, Weiße, vor den Augen von Eingeborenen körperlich gezüchtigt und in der gemeinsten Weise mißhandelt worden sind. In Deutschland hat man diesen Dingen leider nur eine sehr geringe Aufmerksamkeit zugewandt, und die Repressalien, die deutscherseits ergriffen wurden, konnten bedauerlicherweise meistens erst zu spät kommen, als daß der Schaden, der durch das englisch-französische Vorgehen angerichtet worden ist, hätte gutgemacht werden können. Allerdings ist dabei auch zu bedenken, daß alle Repressalien, die ergriffen worden sind,

niemals geeignet gewesen wären, das Ansehen der Deutschen bei den Eingeborenen wiederherzustellen. Auf den Eingeborenen macht nur das Eindruck, was er mit eigenen Augen sieht. Er hat die Deutschen, seine früheren Beherrscher, in ihrer tiefsten Erniedrigung gesehen, in einer Erniedrigung, die herbeizuführen eine auf die Psyche der Eingeborenen wohl berechnete Absicht unserer Gegner war. Mag man im Friedensschluß Forderungen durchsetzen, die den Opfern dieser Gemeinheiten eine persönliche Entschädigung zukommen lassen, so ist damit doch noch nicht der große, vielleicht unheilbare Schaden beseitigt, den das Ansehen und damit die koloniale Zukunft der Deutschen in Afrika erlitten hat. Erfolgreiche Kolonialpolitik unter Völkern niederer Rasse setzt absolutes Ansehen des kolonisierenden Volkes als Grundforderung voraus. Ein Volk aber, dessen Vertreter vor den Augen der Eingeborenen so behandelt worden sind, wie das deutsche, ist durch diese Dinge hinsichtlich seiner kolonialen Zukunftstätigkeit mit einer Hypothek belastet, die schwer drücken könnte, wenn nicht die geeigneten Maßregeln ergriffen werden. Es **muß** deshalb unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß vor den Augen der Eingeborenen eine **Sühne** gegeben wird, die ihrer Psyche und ihren Anschauungen entspricht. Wenn, wie zu hoffen ist, ein guter Teil dieser Sühne vielleicht auch dadurch überflüssig gemacht wird, daß Deutschlands territorialer Besitz in Westafrika auf Kosten Frankreichs und Englands vergrößert wird, so kann damit **allein** die Angelegenheit noch nicht restlos erledigt sein.

Sicherlich wird ein großer Teil der mit dem Friedensschluß in Erscheinung tretenden Besitzveränderungen sich auf kolonialem Boden abspielen. In Europa werden Annexionen schon aus dem Grunde immer Gegner finden, weil sie die Einbeziehung von Volkskreisen in das Deutsche Reich voraussetzen, die immer Fremdkörper bleiben werden. Auf kolonialem Boden fällt dieses Argument völlig fort. Hier sind keine Traditionen und keine Nationalitätengrundsätze zu schützen, die, je mehr sich die Menschheit entwickelt, in Europa

eine immer größer werdende Rolle spielen. Dazu kommt, daß Deutschland manche seiner Gegner überhaupt n u r auf kolonialem Boden treffen kann. Es sei hier nur an Portugal erinnert. Portugal hat die deutschen Interessen bereits, bevor Deutschland endlich den Krieg an dieses Land erklärte, in der schwersten Weise verletzt. Durch Portugiesisch-Ostafrika ließ es schon zu Beginn des Jahres 1915 englische Truppen marschieren, und in seiner Kolonie Angola wurden bald nach Kriegsausbruch Angehörige der südwestafrikanischen Schutztruppe und Beamte aus politischen Gründen auf Befehl portugiesischer Kommandanten ermordet. Dazu kam dann die widerrechtliche Beschlagnahme der deutschen Schiffe, die in den Häfen Portugals und seiner Kolonien lagen, sowie die Sequestrierung des Besitztums deutscher Kaufleute. Eine Sühne für alle diese Angriffe auf deutsches Leben und deutschen Besitz wird von Portugal selbst wohl kaum zu erlangen sein. Deshalb müssen eben die portugiesischen Kolonien als Äquivalent dienen. Letzten Endes wäre es auch aus allgemein menschlichen und kulturellen Gründen als ein Glück zu bezeichnen, wenn endlich die Herrschaft eines so korrupten und herabgekommenen Volkes, wie der Portugiesen, ein für allemal in Afrika beseitigt werden würde. Das gilt freilich in fast ebenso starkem Maße für die Franzosen!

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.

Kriegs- und Friedensziele

Deutsche Flugschriften

Heft 4

Der U-Bootkrieg als Weg zum Endsieg

Von W. Bacmeister

Mitglied des Preuß. Abg.-Hauses

Preis 30 Pfg.

1917

Alexander Duncker Verlag, Weimar

Der U-Bootkrieg als Weg zum Endsieg

Einleitung

Als im Spätsommer 1914 der große Krieg begann, als am 4. August jenes Jahres auch Großbritannien gegen uns in die Schranken trat, da wurden in Deutschland viele Illusionen zerstört. Die Weltgeschichte ging über die Ansicht hinweg, die lange die Richtung der deutschen auswärtigen Politik des Reiches beherrscht hat, über die Ansicht, daß es möglich sei, deutsche Weltwirtschaft und Weltgeltung in dem für das wachsende Reich notwendigen Maße auf dem Wege einer Verständigung mit England durchzusetzen.

Zu lange von jener Illusion betört, haben große Teile des deutschen Volkes den Krieg Englands gegen Deutschland zuerst kaum so ernst genommen, wie das notwendig erschien. Man sprach in den Tageszeitungen von einem Kampf auf Leben und Tod, aber man machte sich vielfach doch wohl nicht ganz klar, daß es in einem solchen Kampf um Sein oder Nichtsein sich dreht. Man lächelte bei uns etwas ungläubig und ironisch, als Kitchener meinte: „Die Deutschen mögen die Schlachten gewinnen; aber wir werden den Krieg gewinnen. Laßt erst einmal zwei oder drei Kriegsjahre ins Land gegangen sein, dann werden wir sehen." Man freute sich schmunzelnd über jene Karikaturen in den Witzblättern, die durch Aufzeigung wohlbeleibter Landsturmmänner die Vergeblichkeit der Hungersperre erweisen sollten. Man machte sich nicht so ganz klar, was eine Seesperre in Englands

zielbewußter und rücksichtsloser Hand für ein auch von fast allen seinen großen Nachbarn zu Lande abgeschlossenes Reich bedeuten könne.

Allmählich hat dann der Verlauf der Kriegsereignisse die Köpfe in Deutschland geklärt. Man erkannte, daß, wenn die Entente überhaupt eine scharf geschliffene Waffe gegen uns in der Hand hat, es eben die Seesperre Englands ist, die mit größter Zielsicherheit Stück für Stück ausgebaut und zur Wirkung gebracht worden ist. Konnte man zuerst vielleicht noch meinen, England habe sich da an eine Sisyphusarbeit begeben, deren Erfolg an dem privaten kaufmännischen Interesse von Zehntausenden neutraler Firmen scheitern müsse, so sollten wir nun nachgerade einsehen, daß die britische Politik, deren Zähigkeit mustergültig ist, sich auch durch schier unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten nicht zurückschrecken läßt und dadurch zur Überwinderin wird. Das Netz der Handelssperre, in dem man uns zu erdrosseln sucht, ist von England enger und enger geknotet worden mit jener kalten, berechnenden und grausamen Zielsicherheit, die sich in den Worten des ehemaligen britischen Ministers Masterman zum Ausdruck brachte: „Unsere Flotte hat ihre Hand an die Gurgel Deutschlands gelegt, und sie wird es erwürgen, wie man einen Menschen im Dunkeln erwürgt. Das Opfer mag sich wehren, mag mit Händen und Füßen zappeln, in der Anstrengung alles um sich her zerschlagen. Aber die Faust wird die Gurgel nicht loslassen, bis das Opfer tot ist."

Auf dem Weg über die immer empfindlicher fühlbar werdende Auswirkung der britischen Seesperre haben sich dann die Ansichten in Deutschland über die britische Politik allmählich zu einer ungefähr einheitlichen Front zusammengefunden, zu der richtigen historisch-politischen Erkenntnis, daß dieser britische Krieg gegen Deutschland als das jüngste Ergebnis einer seit Jahrhunderten in gleichen Bahnen ge-

bliebenen, dem gleichen Ziel zustrebenden britischen Politik zu betrachten ist, daß er, vom englischen Standpunkt gesehen, nicht anders enden darf, als die Kämpfe Englands gegen die Hansa, gegen Spanien, die Niederlande oder Frankreich geendet haben, mit einer Vertreibung Deutschlands, des vor dem Krieg stärksten Wettbewerbers zur See, von den Meeren, aus see- und weltwirtschaftlicher Geltung.

„Die Politik keines Staates", sagt Bülow in seiner „Deutschen Politik", „bewegt sich so fest in traditionellen Formen wie die englische, und gewiß nicht zuletzt dieser sich durch Jahrhunderte forterbenden, zähen Konsequenz seiner auswärtigen Politik, die in ihren Endzielen und Grundlinien unabhängig vom Wechsel der Parteiherrschaft gewesen ist, verdankt England seine großartigen weltpolitischen Erfolge... Das A und O aller englischen Politik war seit jeher die Erreichung und Erhaltung der englischen Seeherrschaft. Diesem Gesichtspunkt sind alle anderen Erwägungen, Freundschaften wie Feindschaften stets zielbewußt untergeordnet worden. Für die Erreichung des einen Zwecks englischer Politik sind den Engländern zu allen Zeiten alle Mittel recht gewesen."

Mit der wachsenden Erkenntnis für den durch diese Worte richtig gekennzeichneten Charakter der auswärtigen Politik Englands hat sich in Deutschland auch die andere Erkenntnis zur Klarheit gerungen, daß dieser Krieg nicht nur gemacht worden ist durch England, sondern daß England es auch ist, das die uns feindliche Koalition während des Kriegs mit starkem Griff zusammengehalten hat und nach wie vor zusammenhält. Jene oft verspotteten Vereinigungen von vaterländisch besorgten Männern, die sich mit dem Ziel der raschen Niederkämpfung Englands zusammenfanden, sind letzten Endes doch aus der zutreffenden politischen Beurteilung der Dinge dieses Krieges erwachsen, daß nur auf dem Weg über eine

Besiegung Englands ein für Deutschland segensreicher Friede werde errungen werden können.

Die Entwicklung der Kriegsereignisse hat uns dann gelehrt, daß eine Niederringung Englands auf Wegen, wie sie uns vor und bei Beginn des Krieges vorschwebten, schwer angängig sei. Wir sprechen, seitdem England eine militärische Entwicklung ähnlich der der großen Festlandsstaaten durchgemacht hat, nicht mehr von der Invasion. Der Weg zu einer Besiegung Englands am Suezkanal oder gar vor den Toren Indiens ist weit und voller Zweifel. Die Niederkämpfung der englischen Schlachtflotte erscheint zwar nach den Erfahrungen vom Skagerrak nicht mehr als eine Unmöglichkeit, aber sie kann doch nur in Frage kommen, wenn England eine Entscheidungsschlacht in der Nähe unserer Nordseebasis sucht. Daran ist vorläufig gerade wegen der für England so schmerzlichen Erfahrungen vom Skagerrak nicht zu denken. Und schließlich die finanzielle Niederringung Englands? Sie liegt angesichts der alle Berechnungen weit überschreitenden, die deutschen völlig in den Schatten stellenden britischen Kriegsausgaben nicht außerhalb jeglicher Möglichkeit. Aber sie ist doch auch für Deutschland mit einem wirtschaftlichen Risiko verbunden, das sehr ernst ist, und sie würde einen gefährlich langwierigen Krieg bedeuten.

So würde also ein Mittel zur endgültigen Niederringung Englands schwer auffindbar sein, wenn nicht die Entwicklung des Kriegs selbst uns den gangbaren Weg aufgezeigt hätte. Es ist merkwürdig genug, daß dieser Weg zusammenhängt mit einem historischen Fehler Englands, den man unter normalen Verhältnissen niemals als einen Fehler irgendeiner Kriegspolitik bezeichnet hätte und der als Fehler auch erst infolge der Kriegsentwicklung in die Erscheinung getreten ist. Er liegt in der militärischen Machtentfaltung Großbritanniens zu Land. Indem

England sich mit Millionenheeren an den Operationen auf dem Kontinent beteiligte, war es gezwungen, Transportmittel für diese Heere und ihre Etappenlinien bereitzustellen. Die technische Entwicklung des Krieges führte zu einer ungeahnten Entwicklung der Etappenlinien und damit zu einer ebensowenig geahnten Inanspruchnahme der britischen Transportmittel, also der englischen Handelsflotte, die bis zu 60, ja zeitweilig 70 vom Hundert militärischen Zwecken dienen mußte. Dadurch, nicht in erster Linie durch deutsche Kreuzer, Minen und Unterseeboote, entstand das, was als voraussichtlich kriegsentscheidender Faktor seitdem immer mehr in den Vordergrund gerückt ist: Die Frachtraumnot.

Die Frachtraumnot

Die Grundlage aller Hoffnungen auf ein baldiges Wirksamwerden des uneingeschränkten U-Bootkrieges ist der Mangel an Schiffsraum. Es gehört dieses Problem zu den großen volkswirtschaftlichen Überraschungen des Krieges, die kaum irgend jemand bei dessen Beginn mit in Rechnung gezogen haben dürfte. Bei Beurteilung der Fragen des Tauchbootkrieges gab es, was die Folgen dieser Kriegführung für England angeht, auch in maßgebenden Kreisen zweierlei Auffassungen. Nach der einen mußte in erster Linie erwogen werden, ob es möglich ist, England von jeder Nahrungsmittelzufuhr abzuschneiden oder doch die Zufuhr so zu behindern, daß im Lande vorhandene Vorräte in absehbarer Zeit verbraucht sein müßten, weil erheblich weniger zur Einfuhr gelangt, als verbraucht wird. Die andere, heute allmählich zum Sieg gelangte, Auffassung sah und sieht die Dinge von weiterschauendem Standpunkt an. Ihr kommt es nicht in erster Linie auf die gänzliche Unterbindung jeder Nahrungs-

mittelzufuhr an als vielmehr auf die Vernichtung von Schiffsraum. Infolge der starken Entwicklung unserer U-Bootwaffe und der dadurch erzielten Versenkungserfolge wird nun allerdings, indem der primäre Zweck, die Vernichtung von Schiffsraum in so hervorragendem Maß erreicht wird, auch der sekundäre Zweck, die Absperrung Englands von der Nahrungsmittelzufuhr, schon jetzt in großem Umfang erreicht. Immerhin aber wird die Vernichtung von Schiffsraum von denen, die in ihr das entscheidende Kriegsproblem sehen, nach viel allgemeineren Gesichtspunkten angesehen, als nur denen der Nahrungsmittelzufuhr. Ihre Betrachtungsweise, die ich mir von Anfang an zu eigen gemacht habe, läßt sich vielleicht am besten in den Worten eines angesehenen englischen Reeders zur Darstellung bringen. P. Houston, der Vorsitzende der großen Liverpooler Reedervereinigung und Vertreter Liverpools im Unterhaus, sagte schon vor Jahresfrist: „Der Mangel an Schiffsraum ist eine Krankheit, wie Krebs oder Schwindsucht, die nicht jeder gleich erkennt, die aber unbedingt zum Tode führt.“ Diese Worte treffen den Kern der Sache. In die Schiffsraumfrage spielen zahllose Erwägungen hinein, die mit der Ernährung Englands nichts zu tun haben. Es spielen hinein die Frage der Ernährung Italiens und bis zu einem gewissen Grade auch Frankreichs, der Belieferung beider Länder mit Kohlen und Rohstoffen für ihre Kriegsindustrien, der Beschaffung von Rohstoffen, namentlich von Grubenholz für England, die Frage der Aufrechterhaltung einer erträglichen englischen Handelsbilanz, der Versendung von Munition und sonstigem Kriegsgerät von Amerika nach Europa usw.

Die Frachtraumnot hat sich nun schon im Laufe des Jahres 1916 zu einem für England und Italien höchst bedenklichen Problem entwickelt. Das ist kein Wunder. Standen doch von der englischen Tonnage, die bei Beginn des Krieges

20.5 Millionen Bruttoregistertonnen betrug, Mitte 1916 höchstens noch 17 Millionen zur Verfügung und standen im englischen Handelsverkehr davon doch nur noch etwa 7 Millionen Tonnen. Wie die Verhältnisse sich schon vor dem uneingeschränkten U-Bootkrieg gestaltet hatten, dafür gibt es bemerkenswerte Belege, wozu in erster Linie das rapide Steigen der Frachtraten gehört. In „Syren and Shipping" vom 16. 2. 1916 werden u. a. folgende Frachtraten mitgeteilt:

Durchschnittsfracht:	Mitte 1914	Januar 1916
Burmah-England (Reis für die Tonne)	21,9 sh	150 sh
Kalkutta-England (Jute für die Tonne)	18 sh	162,6 sh
La Plata-England (Getreide für die Tonne)	17,11 sh	150 sh
Wales-Alexandria (Kohle für die Tonne)	9,7 sh	73,9 sh
Wales-Genua (Kohle für die Tonne)	8,9 sh	77,6 sh

Die Frachtratenentwickelung ist im Jahre 1916 in schwankenden, aber letzten Endes doch immer mehr aufsteigenden Kurven verlaufen. Nach dem „Messagero" vom 15. April 1916 stieg die Fracht pro Tonne Getreide von Buenos-Aires nach Genua von 12,41 im März 1914 auf 211 Lire im März 1916 (fast 2000 %). Am 13. Oktober 1916 zahlte man für Getreide von Argentinien nach England M 158,05 gegen 7.15 am 13. Oktober 1913 (2210 Proz.Steigerung). Ende 1916 wurde für Getreide von Alexandria nach England eine Fracht von von 185 Sh bezahlt gegen 6.3 am gleichen Tage 1913 (über 3000 Proz. Steigerung). Und gleichzeitig mußte man für Maisfracht von Nordamerika nach England 115 Sh anlegen gegen $1^1/_8$ bis 2 Sh in Friedenszeiten (Steigerung über 6000 Proz.). Auf weiteren Strecken zahlte man damals 200 Sh und mehr für die Tonne Maisfracht, also etwa doppelt soviel, wie früher Mais überhaupt gekostet hat.

Ein weiterer Beleg für die Größe des Frachtraummangels, wie er schon 1916 bestand, darf gesehen werden in dem geradezu wahnsinnigen *Anwachsen der Schiffspreise*. So stellte die „Shipping World" laut „Daily Chronicle" vom 29. Juli 1916 damalige Schiffsverkäufe zusammen, die ein unglaubliches Bild offenbarten. Einige von diesen sind:

Name	Preis beim Verkauf 1916
D. „Glonyssios Stathatos" 3561 Tonnen (1912 für **35 000** Pfund verkauft)	**185 000** Pfund
D. „Nordnaes" 2191 Tonnen (Februar 1914 für **13 000** Pfund verkauft)	**98 500** Pfund
D. „Islandia" 2069 Tonnen (1909 für **2400** Pfund verkauft)	**43 000** Pfund
D. „Kumu Maru" 3915 Tonnen (1913 für **31 500** Pfund verkauft)	**235 000** Pfund
D. „Hatasu" 3368 Tonnen (November 1915 für **45 000** Pfund verkauft)	**80 000** Pfund

Der *Hunger* nach Schiffsraum wird vielleicht durch nichts besser gekennzeichnet als durch das groteske Beispiel, das die „Times" am 3. Mai 1916 bekannt gab, wonach in Dänemark zwei Segler wieder auf Fahrt geschickt wurden, von denen der eine aus dem Jahre 1786, der andere aus dem Jahre 1776 stammte.

Der dritte und schlagendste Beleg für die Schiffsraumnot und ihre Folgen schon in der Zeit vor dem verschärften U-Boot-krieg liegt in den Zahlen, die den gewaltigen *Rückgang des englischen Hafenverkehrs* offenbar machen. Der gibt im Gegensatz zu den täuschenden Ziffern über den *Wert* der britischen Ein- und Ausfuhren und über die Zahl der ein- und ausfahrenden Schiffe das wahre Bild. Trotz

aller Zufuhren an Kriegsmaterial und der Anspannung der neutralen Tonnage für die Englandfahrt hat sich der eingehende Verkehr so entwickelt:

1913	. . . .	49 064 000 Tonnen
1914	. . . .	43 060 000 Tonnen
1915	. . . .	33 725 000 Tonnen
1916	. . . . ca.	29 500 000 Tonnen

England empfing also im Jahre 1916 nicht mehr $^2/_3$ der Tonnage des letzten Friedensjahres. Diese eine bedeutsame Tatsache erklärt alle die Erscheinungen des Mangels, über die die britischen Zeitungen seit langem klagen. Gelangte doch z. B. im Jahre 1916 auch nur noch $^2/_3$ des früher eingeführten Grubenholzes nach England, so daß die Wälder der britischen Inseln schon auf das Schärfste zur Deckung des dringendsten Bedarfes herangezogen werden mußten.

Der Schiffsraummangel also prägt der wirtschaftlichen Lage des Weltkrieges seinen Stempel auf.

Der U-Bootkrieg gegen den Schiffsraum

Wer die wirtschaftlichen Bedürfnisse der kriegführenden Ententestaaten klar zu durchschauen versuchte, der mußte schon an jenem Sonntagnachmittag, als uns Wolffdepeschen zum ersten Male die Versenkung von britischen Dampfern in der Irischen See meldeten, als also der England umspannende Radius der deutschen U-Boote offenbar wurde, die Überzeugung gewinnen, daß der zielbewußte Angriff auf den englischen und sonstigen feindlichen Schiffsraum den sichern Erfolg verspreche. Die wesentlichste und nie außer acht zu lassende Tatsache ist eben, daß im Gegensatz zum Block der Mittelmächte, der Ententeblock nicht ohne oder ohne ausreichenden Schiffsraum Krieg führen kann. Englands Kriegs-

industrie braucht ungeheure Mengen von Rohstoffen, die nicht im Lande selbst gewonnen werden können; Englands Ernährung beruht zu 80 vom Hundert auf Einfuhr. In beiden Fragen ist der Schiffsraum die Grundlage der Existenz des Landes und der Fortsetzung des Krieges. Englands Heere sind wertlos, wenn sie nicht auf das Festland gebracht werden. Das zu tun, erfordert Schiffsraum. Schiffsraum erfordert die Bildung der Etappenlinien für diese Heere. Frankreichs Kriegsindustrie müßte fast gänzlich stillgelegt werden, wenn sie auf die einheimische Kohle angewiesen wäre. Die Heranführung von Kohle erfordert Schiffsraum. Das gleiche ist von Italien zu sagen. Beide Länder müssen mit Hilfe von Schiffsraum andere Bedürfnisse decken, ohne die sie nicht leben können; Italien namentlich solche an Getreide. Rußland ist außerstande, seine Kriegsindustrie so schnell zu entwickeln, daß sie den Anforderungen des Heeres nachkommen könnte. Die Heranführung des Fehlenden kann nur mit Schiffsraum erfolgen.

Demgegenüber besitzt der Block der Mittelmächte, von der Natur merkwürdig begabt und in seiner wirtschaftlichen Gestaltung durch Deutschlands Wirtschaftspolitik und Technik seit Jahrzehnten für die Selbstbewirtschaftung einigermaßen vorbereitet, nicht nur die Fähigkeit, sich wenn auch knapp, selbst zu ernähren; er verfügt über Kohle in ungeheurer Menge, über Erze usw. Seine Nahrungsmittelerzeugung und seine Kriegsindustrie können, wenn sie auch vielfach zu Ersatzstoffen greifen müssen, sich selbst erhalten. Unser Block kann — das hat er bewiesen — zur Not ohne Schiffsraum Krieg führen. Der Ententeblock kann das nicht. Der Schiffsraum ist die Basis der gesamten Ententekriegführung. Zerstören wir diese Basis, so geht die feindliche Koalition elendiglich in die Brüche. Das ist kein schöner Traum, keine Phantasie, es ist das Er-

gebnis einer nüchternen Betrachtung des Aufbaues der britischen Volkswirtschaft und der britischen Kriegführung, wie auch der Kriegführung und Volkswirtschaft Frankreichs, Italiens und Rußlands.

Wenn es nun den deutschen U-Booten im Februar 1916 bei noch nicht voll im Gang befindlichem U-Bootkrieg gelungen ist, den größten Teil der neutralen Tonnage aus dem Schiffsfahrtsverkehr der Entente zu vertreiben und dazu noch 782 000 Tonnen zu versenken, in einem Monat, der mit seinen noch langen Nächten nicht sonderlich günstig für die U-Bootarbeit war, so zeigt das den zu erwartenden Verlauf der Dinge mit aller Klarheit an. Von jenen $29^1/_2$ Millionen Tonnen, die Englands Häfen im Jahre 1916 noch empfingen, fuhren 10 Millionen Tonnen in neutralen Schiffen. Da zeigt sich, wie unerträglich schon der Wegfall der neutralen Tonnage aus der Englandfahrt, wenn er dauernd bleibt, für die Entente sein muß. Wenn dazu noch 782 000 Tonnen vernichtet wurden, so fehlen den Ententeländern nicht nur all die Ladungen der auf der Heimfahrt gewesenen Schiffe, sondern es fehlt vor allem schon in den nächsten Monaten der versenkte Schiffsraum. Er fehlt nicht einmal, nein, er fehlt vier-, ja sechs- und mehrmal im Jahre, je nachdem, in welcher Fahrt die versenkten Schiffe tätig zu sein pflegten.

So wäre es ein einfaches Exempel, zu berechnen, daß die Katastrophe, für England und Italien in erster Linie, in verhältnismäßig kurzer Zeit kommen muß. Sie muß kommen, wenn die Entente kein Mittel findet, um entweder die U-Boote erfolgreich zu bekämpfen, also ihre Arbeit im wesentlichen zu stören, oder die entstehenden Verluste zu ersetzen, oder sich wirtschaftlich selbständig, also unabhängig vom Schiffsraum zu machen.

Die Abwehrmittel der Entente

Abwehrmittel, die geeignet sind, den U-Bootkrieg wesentlich zu stören, sind bisher nicht gefunden. Nach menschlichem Ermessen werden sie auch vorläufig nicht gefunden werden. Die Stärke unserer U-Bootwaffe und ihre Fähigkeit, den Abwehrmitteln zu begegnen, sind sogar schneller gewachsen, als die Wirksamkeit der Abwehrmittel. Netze, U-Bootfallen, schnellfahrende, zum Rammen bestimmte Wachtfahrzeuge, die Indiensthaltung von etwa 2000 Wachtschiffen aller Art, die Bewaffnung der Handelsdampfer, das alles hat bisher einen Erfolg von Bedeutung gegen die U-Boote nicht gezeitigt und wird noch weniger Wirkung tun, seitdem die deutschen U-Boote nicht mehr gezwungen sind, die angegriffenen Schiffe zu warnen, also sich durch Auftauchen allerlei Gefahren auszusetzen. Dem Abwehrmittel, auf dem Wege über eine die deutsche Hochseeflotte vernichtende Seeschlacht oder durch Durchbrechung der deutschen Landfronten die Basis der deutschen U-Boote zu erobern, darf das deutsche Volk mit berechtigter Ruhe entgegensehen.

Kann England die entstehenden Verluste ersetzen? Das ist die Frage. Es kann sich noch neutrale Tonnage erpressen; doch dies Spiel ist bald zu Ende. Es kann deutsche Tonnage erbeuten, wenn es jetzt noch neutrale Mächte in den Krieg drängt. Aber auch das will nicht viel besagen. In Amerika und seinen Besitzungen liegen 560 000 deutsche Tonnen, in allen noch neutralen Ländern insgesamt 1 200 000. Auch hier also gibt es keine nachhaltige Hilfe. Durch N e u b a u ist es nicht zu schaffen. Denn Englands Werften haben infolge des Kriegs und des dadurch entstandenen Arbeitermangels viel an ihrer Leistungsfähigkeit verloren.

Es wurden in England erbaut

1914	1 722 000 Tonnen
1915	649 000 Tonnen
1916	582 000 Tonnen

Was will das bedeuten gegenüber einem Monatsverlust an Welttonnage allein durch Versenkung (ganz abgesehen von den normalen Verlusten) von 782 000 Tonnen? Auch die wachsende Tätigkeit der neutralen Werften kann das Problem nicht lösen. Sie erbauten

1915	990 000 Tonnen
1916	1 335 000 Tonnen

Auch wenn, was natürlich nicht der Fall ist, die gesamte, von den Neutralen erbaute Tonnage in den Besitz der Entente überginge, reichte sie nicht annähernd aus, die entstehenden Verluste zu ersetzen.

Können die Ententestaaten sich auf Selbstbewirtschaftung einrichten? Lloyd George, dessen Energie man bewundern darf, sieht grundsätzlich die Notwendigkeit der Selbstbewirtschaftung ein. Er sucht deshalb mit allen Mitteln die englische Landwirtschaft zu heben; ja er läßt bei Azetylenlicht nachts die Dampfpflüge laufen. Wir in Deutschland wissen, daß der Aufbau einer leistungsfähigen Landwirtschaft das Werk von Jahrzehnten, die Frucht einer unendlichen Fülle von Studien, Arbeit und Erfahrung ist. Ein Vergleich der britischen normalen Friedensernte mit einer deutschen Ernte zeigt, daß Lloyd George vergeblich arbeiten wird, ganz abgesehen davon, daß es der wenig bedeutenden englischen Landwirtschaft jetzt schon an Arbeitskräften und Pferden, wie auch an Kali fehlt. Eine Normalernte in Weizen betrug im Frieden bei uns 4 Millionen Tonnen, in England 1,7 Millionen, in Roggen, also einem der Haupt-

träger der deutschen Volksernährung, 10—11 Millionen, dort 360 000 Tonnen, in Gerste bei uns 3 Millionen Tonnen, in England 1 Million, in Hafer bei uns 7,7, in England 2 Millionen Tonnen und in Kartoffeln, also dem zweiten Hauptträger der deutschen Volksernährung, in Deutschland 35—45 Millionen Tonnen, in England 3—4 Millionen. Nein, das ist klar: die landwirtschaftliche Selbstbewirtschaftung Englands ist ein Traum noch auf Jahre hinaus. So auch kann Italien ohne Zufuhren nicht auskommen; offenbar verzichtet es auch resigniert auf einen Versuch, wie ihn der energische Lloyd George wenigstens wagt. Kohle bleibt Frankreich und Italien, Grubenholz, Erze und anderes bleiben England unentbehrlich. Wer das Problem durchdenkt, wird finden, daß alle Bemühungen, die Wirtschaft der westlichen Ententestaaten unabhängig vom Schiffsraum zu machen, nur verschwindende Erfolge zeitigen können, so auch die Einfuhrverbote Englands für eine Reihe von Artikeln, durch die es die Volkswirtschaft seiner industriellen Bundesgenossen schwer trifft und doch nur 900 000 Tonnen an Schiffsraum jährlich zu ersparen hofft.

Und nun endlich die Hoffnung auf Amerika! Wenn Amerika kein Mittel in der Hand hat, den U-Bootkrieg in seinen Wirkungen zu stören, oder die Basis der deutschen U-Boote zu erobern, oder den verloren gehenden Schiffsraum zu ersetzen, so kann sein Eintritt in den Krieg die Katastrophe nicht aufhalten. Daß Amerikas Flotte den U-Bootkrieg mehr stören könnte als Englands 2000 Wachtschiffe und die britische Riesenflotte, ist nicht anzunehmen. Daß Amerika seine Schlachtflotte mit in die Entscheidungsschlacht in die Nordsee schicken wird, ist angesichts seiner Lage gegenüber Japan gänzlich unwahrscheinlich. In der Nähe unserer Basis aber hätten wir auch dann diese Entscheidungsschlacht nicht zu fürchten. Daß endlich Amerika durch Entsendung

eines großen Heeres zur Durchbrechung unserer Fronten und damit zur Eroberung der deutschen U-Bootbasis beitragen könnte, scheitert an der Frage des Schiffsraumes, der, um 500 000 Mann zu transportieren und ihre Etappenlinien zu bilden, in einer Menge von 3 Millionen Tonnen ständig der Welthandelsflotte entzogen werden müßte, ganz abgesehen von der U-Bootgefahr für die Transport- und Etappenlinie Amerika-Europa, die bei dem gewaltigen Fahrtradius der deutschen Boote bis an die Küsten Amerikas heran sich auswirken würde.

Das Problem heißt, den Niederbruch der Entente infolge Mangels an Schiffsraum zu verhindern. Dieses Problem kann auch Amerika, das Land der sonst unbegrenzten Möglichkeiten, nicht lösen.

Die Wirkungen des U-Bootkrieges seit 1. Februar 1917

Mit dem 1. Februar 1917, d. h. mit der Erklärung eines Sperrgebiets um England, Frankreich und Italien, sind die Wünsche derer, die in dem planmäßigen Angriff auf den feindlichen Schiffsraum das wirksamste Mittel zur siegreichen Beendigung des Krieges erblickt haben und nach wie vor erblicken, in Erfüllung gegangen. Die U-Bootführer sind seitdem in der Lage, die eigenartigen Fähigkeiten ihrer Waffe voll auszunutzen, indem sie den Schiffsverkehr in den zum Sperrgebiet erklärten Gewässern angreifen dürfen, ohne aufzutauchen und zu warnen. Die steigenden Versenkungsziffern in den, dem 1. Februar 1917 voraufgegangenen Monaten hatten bereits ein Anwachsen der Leistungsfähigkeit der deutschen U-Boote erkennbar gemacht, das von der uneingeschränkten Kriegführung glänzende Erfolge erwarten ließ. Die Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Schon nach drei

Wochen der unbeschränkten Kriegführung konnte der Staatssekretär des Reichsmarineamts Herr von Capelle im Reichstag folgende Erklärung abgeben:

Er könne schon jetzt versichern, daß das Ergebnis die von der Marine gehegten Erwartungen übertreffe. Und der Staatssekretär des Innern Herr Dr. Helfferich, der bisher nicht gerade zu den U-Boot-Enthusiasten zu zählen war, fügte hinzu: die Zahlen über die Versorgung Englands zeigten, daß die britische Versorgung dicht an den Gefahrpunkt herangerückt sei. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkte könne mit aller Bestimmtheit auf die vollständige Erfüllung aller an den U-Bootkrieg geknüpften Erwartungen gerechnet werden.

Am 27. Februar 1917 endlich konnte der Reichskanzler selbst im Reichstag erklären, „daß die bisherigen Erfolge des seit 1. Februar geführten U-Bootkrieges die Erwartungen unsrer Marine bei weitem übertreffen. Abschließende Zahlen kann ich Ihnen natürlich noch nicht geben. Unsre Seesperre ist kaum vier Wochen alt, und in diese vier Wochen fällt die Schonfrist für die neutralen Schiffe, die unterwegs waren, so daß sie nicht rechtzeitig gewarnt worden waren. Von einem großen Teil unsrer U-Boote liegen noch keine Meldungen vor. Wo Meldungen erstattet sind, da ist der Erfolg groß. Die Feinde geben natürlich nur einen Teil ihrer Verluste zu. Hält man das alles zusammen, so zeigen die Zahlen, die wir bisher in der Lage waren, in der Presse zu veröffentlichen und die nur einen Teil der vorgenommenen Versenkungen erfassen, daß wir mit den erzielten Ergebnissen mehr als zufrieden sein können."

Von der Entwicklung des Tauchboot-Krieges und der gewaltigen Zunahme der Versenkungen namentlich feindlicher Schiffe bei Einsetzen des ungehemmten Tauchboot-Krieges gibt folgende Übersicht ein gutes Bild:

	feindliche	neutrale	Ges.-Tonnen
Jan.-Februar 1916	—	—	238 000
März-April	—	—	432 000
Mai-Juni	—	—	219 500
Juli	—	—	103 000
August	—	—	170 779
September	—	—	254 600
Oktober	146 Schiffe	72 Schiffe	
	306 500 T.	87 000 T.	393 500
November	138 Schiffe	53 Schiffe	
	314 500 T.	94 000 T.	408 500
Dezember	152 Schiffe	65 Schiffe	
	329 000 T	86 500 T.	415 500
Januar 1917	170 Schiffe	58 Schiffe	
	336 000 T.	103 500 T.	439 500
Februar	292 Schiffe	76 Schiffe	
	644 000 T.	137 500 T.	**781 500**
März	—	—	**861 000**

Die Auswirkungen des ungehemmten Tauchbootkriegs haben sich aber nicht nur seit der Februar-Versenkungsziffer von 781 500 Brutto-Registertonnen offenbart, sondern zugleich auch in einer Abschreckung eines großen Teils der neutralen Schiffahrt von der Befahrung der Sperrzone und damit von der Belieferung der westlichen Ententeländer. Die neutrale Tonnage, die trotz der Seesperre zu fahren wagte, hat das mit schweren Opfern büßen müssen, und mit der Weiterentwicklung des U-Boot-

krieges wird ganz automatisch das Risiko der Fahrt nach den Ententeländern so groß, daß auch die höchsten Frachtraten die neutralen Reeder auf die Dauer nicht mehr verleiten werden, ihre Schiffe den Gefahren der Sperrzone auszusetzen. Was aber die Abschreckung der neutralen Schiffahrt bedeutet, das ermißt man am besten an den von der Liverpooler Reedervereinigung bekannt gegebenen Ziffern über den Schiffahrtsverkehr Englands vom 1. Februar 1916 bis 31. Januar 1917. Danach gingen während dieser Zeit in England ein 29,76 Millionen Nettotonnen; davon in fremder Tonnage 9,71. Die fremde Tonnage ist fast durchweg neutrale Tonnage. Also etwa 1/3 der ganzen englischen Einfuhr wurde durch neutrale Schiffe bewerkstelligt. An anderer Stelle wurde nun aber schon erwähnt, daß der Eingang an Tonnage in England ohnehin während des Krieges stark zurückgegangen ist. Er betrug vom 1. Augnst 1913 bis 31. Januar 1914 noch 25,18 Millionen Nettotonnen, vom 1. Februar 1914 bis 31. Juli 1914 noch 23,35 Millionen Tonnen, ging dann für die Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Januar 1915 auf 17,70, vom 1. Februar 1915 bis 31. Juli 1915 auf 17,06, vom 1. August 1915 bis 31. Januar 1916 auf 16,75, vom 1. Februar 1916 bis 31. Juli 1916 auf 15,00 zurück und erreichte im letzten Halbjahr vor dem hemmungslosen Tauchbootkrieg mit 14,75 seinen Tiefstand. Bei Wegfall der fremden Tonnage würde Englands Zufuhr im letzten Halbjahr nur noch 10 Millionen Nettotonnen betragen haben, das heißt nur noch 40 Prozent des Friedensverkehrs. Allerdings hat sich das Verhältnis von Nettotonnen zur eingebrachten Nutzlast während des Krieges wesentlich verbessert; es kamen 1913 118 Tonnen Nutzlast auf 100 Nettotonnen, im letzten Halbjahr 143 Tonnen. Doch hat diese bessere Ausnützung des Schiffsraumes ihre Grenzen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen,

daß nach englischen Quellen im Jahre 1916 die englische Lebensmittelzufuhr zu etwa 45 Prozent in neutraler Tonnage hereinkam.

Die sachlichen Wirkungen der Seesperre haben sich denn auch schon deutlich gezeigt, besonders klar nachweisbar für England. Der Außenhandel Englands hat schwer gelitten, wie aus der amtlichen Februarstatistik hervorgeht.

Die Einfuhr betrug im Februar 70,95 Millionen Pfd. St. gegen 90,56 Millionen Pfd. St. im Januar d. J. Die Ausfuhr stellte sich auf 46,28 Millionen Pfd. St. gegen 55,29 Millionen Pfd. St. im Januar. Die Einzelheiten über die Mengen und den Geldwert des eingeführten Getreides und Mehles sind in dem Ausweis der Regierung weggelassen. Ebenso fehlen die Ziffern über den Schiffsverkehr.

(in 1000 Pfd. St.)	Einfuhr	Ausfuhr
	gegenüber dem Vormonat	
Januar 1916	+ 7 701	+ 8 509
Februar	+ 2 147	+ 10 159
März	+ 10 631	+ 7 422
April	+ 2 047	+ 4 648
Mai	+ 12 214	+ 13 405
Juni	+ 11 028	+ 14 041
Juli	+ 1 049	+ 11 601
August	+ 6 716	+ 15 281
September	+ 7 202	+ 11 169
Oktober	+ 13 319	+ 12 746
November	+ 17 300	+ 6 849
Dezember	+ 579	+ 5 981
Januar 1917	+ 15 617	+ 10 104
Februar	− 19 619	− 9 010

Es zeigt sich also, daß der britische Außenhandel, der seit Januar 1916 in Ein- und Ausfuhr gegenüber dem Vormonat noch beständig gestiegen ist, im Februar 1917 plötzlich um etwa 580 Millionen Mark geringer war, als im Januar 1917, wovon etwa 400 Millionen auf die Einfuhr entfielen, und das trotz der ständigen Wertsteigerung der eingeführten Waren. Die Wertverminderung der Einfuhr um etwa 400 Millionen Mark gegen den Januar wird noch weit und in verhängnisvollster Weise übertroffen von der Verminderung der eingeführten Warenmenge. Die Wertsteigerung aller Ware ist so groß, daß gegen den Februar 1916 überhaupt keine Verminderung der Einfuhr eingetreten zu sein scheint, wenn man nur die Wertziffern sieht. Tatsächlich aber liegen die Dinge so, daß die Menge der eingeführten Ware stark zurückgegangen, der Wert aber sogar noch ein wenig gestiegen ist. Ein bemerkenswertes Beispiel bildet der Artikel „frisches Rindfleisch". Es wurden davon im Februar 1917 16,7 Proz. weniger eingeführt, als im Februar 1916. Der Wert stieg trotzdem um 14,2 Proz. Die Menge der Einfuhr fiel nun aber auch bei Speck um 6,3 Proz., bei Butter um 21,1 Proz., bei Käse um 13,9 Proz., bei Kaffee um 66,5 Proz., bei Eiern um 39 Proz., bei Schmalz um 20,9, bei raffiniertem Zucker um 89,8, bei Rohzucker um 9,6 und bei Tee um 41,2 Proz.

Die Auswirkungen der Seesperre zeigen sich auch auf anderen Gebieten. Die Notwendigkeit, der Fischerflotte immer mehr Fahrzeuge zu entziehen, um sie in den Wachtdienst gegen die U-Boote einzustellen, hat den Ertrag der britischen Seefischerei und damit einen großen Teil der englischen Volksernährung schwer gefährdet. Der Ertrag ist um volle $^2/_3$ zurückgegangen, von etwa 15 Millionen englische Zentner im Jahre 1913 auf etwa 5 Millionen im

Jahre 1916. Infolge der zunehmenden Gefahren dürfte dieser Rückgang sich im Jahre 1917 scharf fortsetzen.

Der infolge des Fehlens neutralen Schiffsraumes sich mehr denn je bemerkbar machende Frachtraummangel übt seine Wirkungen neuerdings bereits auf die Förderung der britischen Kohlengruben aus. Es hat keinen Wert, Kohlen zu fördern, die auf Halde geschüttet werden müssen, weil man sie nicht transportieren kann. Nach englischen Nachrichten mußten im Februar 1917 die Anthrazitkohlenbergwerke in Swansea an 18 Tagen feiern, weil kein Schiffsraum zur Beförderung der Kohlen zur Hand war, und das Liverpooler „Journal of Commerce" berichtet in einer Februar-Wochenschau aus Cardiff: „Der zur Verfügung stehende Schiffsraum war knapper denn je. Erhebliche Unregelmäßigkeiten in dem Betriebe der Kohlenbergwerke machten sich bemerkbar. Die Statistik der Kohlenbergwerke, die im Februar stillagen, verrät den Ernst der Lage."

Der Mangel an Zufuhren hat sich auch in der Landwirtschaft schon ziemlich bemerkbar gemacht.

Infolge des Mangels an Futtermitteln geht der Viehstand der englischen Inseln offenbar schnell zurück. Charakteristisch ist, daß schon jetzt aus Irland weniger Mastvieh, aber dafür mehr Jungvieh gegenüber dem Vorjahr nach England geschafft wird. „Scotsman" vom 2. 3. meldet: „4111 Stück Mastvieh wurden von Irland in der Woche vom 17. bis 24. 2. gegen 8108 in der entsprechenden Woche des Vorjahres versandt. Die Abnahme seit dem 1. Januar beträgt ungefähr 23 000 Stück. An Jungvieh wurden vom 1. 1.—24. 2. von Irland 44 095 Stück, gegen 32 812 in der gleichen Zeit des Vorjahres versandt. Meiereien und Schweinemäster leiden unter großen Futter-Schwierigkeiten, da

die Abfälle der Brennereien und Brauereien knapper werden und Ersatzstoffe teuer sind."

Leider ist es nicht möglich, einen klaren Überblick über die britische Vorratsfrage zu gewinnen. Wer aber noch immer an das Karl Peterssche Märchen von einer zweijährigen Versorgung dieses Landes mit Nahrungsmitteln glaubt, der sollte sich nun durch die volkswirtschaftlichen Erscheinungen, die England erlebt, bekehren lassen. In einem Lande, das auf zwei Jahre versorgt ist, können die Preise der Steckrüben kaum Preissteigerungen durchmachen, wie sie im Unterhause mitgeteilt worden sind. Wenn für diese in England früher noch weniger als bei uns beliebt gewesene Frucht Ende März 1917 360 Schilling für die Tonne bezahlt wurden, so heißt das, daß, nach dem Friedenskurs, das Pfund etwa 18 Pfennig kostete, gegen etwa $1^1/_2$ Pfennig 14 Tage vorher.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß England zur Zeit von Kartoffeln, Steckrüben und Pastinaken (eine andere Rübenart) so gut wie entblößt ist. Der britische Lebensmitteldirektor hat das in bezug auf Kartoffeln und Pastinaken schon zugegeben; die Steckrüben reichen nach seiner Meinung nicht über den April 1917 hinaus. Was nun das Getreide angeht, so können die Vorräte nicht erheblich sein, da man sie, selbst wenn England heimliche Reserven hätte anlegen wollen, an Hand der Ausfuhren in den Getreideländern ziemlich kontrollieren kann. Es kommt darauf an, ob im Februar viel Getreide hereingeschafft worden ist. Es wäre unerklärlich, warum die britische Regierung das verschweigen sollte, da es doch zur Beruhigung der eigenen Bevölkerung beitragen würde. Tatsächlich fehlen aber die Getreideziffern in der britischen Februar-Statistik, und daß der 4 Pfund-Brotpreis im März 1917 zum ersten Male über 1 Schilling gestiegen ist, deutet in Verbindung

damit nicht gerade auf eine günstige Lage der Getreidevorräte.

Schwierig ist offenbar ferner die Zuckerfrage in England. An Zucker mangelt es drüben bis zu einem gewissen Grade seit Kriegsbeginn. Nun hat die gesetzliche Einfuhrbeschränkung zwecks Ersparung von Schiffsraum mit zuerst den Zucker betroffen. Es ist also begreiflich, daß die vorhandenen Vorräte schnell weggezehrt werden, ohne ergänzt zu werden.

Nach alledem ist es begreiflich, daß sich schon im März eine starke Beunruhigung in der britischen Bevölkerung bemerkbar gemacht hat, die sich nicht nur in einer lebhaften Hamstertätigkeit der besser gestellten Klassen, sondern auch in öffentlichen Kundgebungen zum Ausdruck brachte. Charakteristisch war eine solche Kundgebung, die in Glasgow stattfand und über die „Scotsman" vom 16. März 1917 berichtet, daß sie von der „Labour Party Housing Association" organisiert war, um gegen die Untätigkeit der Regierung in der Kartoffelversorgung zu protestieren. Es wurde verlangt, daß eine Abordnung im Rathause empfangen werde. Der Oberbürgermeister erklärte in der Stadtverordnetenversammlung, daß die Regierung für die gerechte Verteilung der Lebensmittel im Lande Vorsorge getroffen hätte. Mit 48 gegen 22 Stimmen wurde beschlossen, die Abordnung der Demonstrantinnen nicht zu empfangen. Ein Mitglied rief: „Sie werden die Frauen vor dem Ende des Sommers schon noch empfangen!" Unter beträchtlicher Unruhe wurde ferner beschlossen, die Abordnung auch in der nächsten Sitzung nicht zu empfangen. Ein Stadtverordneter bezeichnete die Bemerkungen des Oberbürgermeisters als „höchst beleidigend". An den Unruhen im Stadtparlament beteiligte sich auch die Galerie, die schließlich geräumt wurde. Die Mitglieder der Arbeiter-

gruppe wurden von der Sitzung ausgeschlossen, einer von ihnen mußte gewaltsam durch den Ratsbeamten hinausgeführt werden. Später fanden wieder Umzüge und Versammlungen statt.

Das sind immerhin schon Vorgänge, die einen Rückschluß auf die Verhältnisse gestatten, wie sie sich in der kurzen Zeit der Seesperre entwickeln konnten.

So wird es begreiflich, daß die Ansichten über die Bedeutung der deutschen Seesperre sich in England schnell gewandelt haben. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der radikale Abgeordnete Byles Ende März im Unterhaus, ohne lärmend unterbrochen zu werden, sagen konnte, nachdem die Regierung 2½ Jahre lang versucht habe, den Krieg mit physischer Kraft zu gewinnen, schlage er vor, es einmal mit der besseren Methode zu versuchen, nämlich mit dem Feinde zu einem Arrangement der Vernunft zu kommen. Nicht minder bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß Arnold Bennett in „Daily News" einen überaus scharfen Angriff gegen Lloyd George, den Abgott der Nation, wegen seines völligen Versagens richten konnte.

Sieht man die englische Presse ständig durch, so bemerkt man einen wachsenden Pessimismus gegenüber der Unterseebootpolitik Deutschlands. So meinte die „Nation" vom 3. März 1917: „Es ist kein Zweifel an dem Ernst der Lage mehr möglich, die durch den Unterseebootkrieg geschaffen worden ist. Man versichert uns, daß die Marine ihre ganze Tatkraft und alle Mittel dagegen aufwende. Prüfen wir aber die Aussichten auf irgendeine Steigerung der Erzeugung, sei es von Schiffen, sei es von Nahrungsmitteln oder auf irgendeine Verbesserung des Verteidigungssystems, so stoßen wir auf ein Chaos. Dabei haben wir im letzten Monat einen Reinverlust von 500 000 Bruttoregistertonnen gehabt, und was unseren Augen-

blicksbedarf betrifft, so können wir wenigstens 50, wenn nicht 100 Prozent mehr abschreiben. (Womit Fernhaltung der neutralen Schiffahrt gemeint sein dürfte.) Angesichts solcher Zahlen liegt es auf der Hand, daß notwendig das Heer oder die Bürger beträchtliche Opfer bringen müssen; sollten die Schiffsverluste wachsen, werden beide zugleich leiden. Einige besonders schwere Verluste der letzten Zeit müssen für die Neutralen abschreckend gewirkt haben, soweit sie bisher die Gefahren des Sperrgebietes zu laufen bereit waren. Die Aussichten zur See sind daher bedrohlich, ja fast kritisch."

Der Londoner Vertreter des „Giornale d'Italia" meldete in einem äußerst pessimistisch gehaltenen Bericht über die Lage Englands von Mitte März 1917: „Das Land ist infolge der beschränkten Einfuhr außerordentlich beunruhigt. Zum erstenmal spürt England seit einigen Wochen die Nöte und Entbehrungen des Kriegs am eigenen Leib. Die Volksstimmung läßt eine radikale politische Krise möglich erscheinen."

„Fairplay" schrieb gegen Ende März 1917: „Die Befrachtung hat infolge Mangels an Schiffsraum fast aufgehört. Neutraler Schiffsraum ist äußerst schwierig zu erlangen." Dasselbe Blatt sah am 1. März die einzige Rettung Englands in dem Bau von Schiffen; es müßten mehr Schiffe gebaut werden, als versinken. — Das ist aber eine Unmöglichkeit.

Das Liverpooler „Journal of commerce" meinte am 15. März 1917: „Hätte sich Carson noch deutlicher über den Ernst der Lage äußern dürfen, so wäre es nicht seine Schuld gewesen, wenn es uns Engländern eiskalt über den Rücken gelaufen wäre."

Im „Labour Leader" liest man gegen Mitte März: „Die Regierung verdreht alle Tatsachen und wacht heimlich darüber, daß die Kritik über die Ernährungsfragen der Zu-

kunft nicht laut werden. Dabei reden die Volkswirtschaftler davon, daß eine Hungersnot erst nach einem Jahre drohen könne, während sie doch bereits vor der Tür steht."

„Daily News" vom 12. März 1917 sagen: „Wir stehen zum erstenmal seit Menschengedenken vor der unbarmherzigen Tatsache der ungenügenden Ernährung. Ob diese Gefahr noch größer oder kleiner werden wird, hängt von den deutschen U-Booten ab. Das Gerede von hungernden Deutschen verliert etwas von seiner Zugkraft in dem Maße, wie die eigene Not weniger unbegreiflich fern erscheint, als es noch vor einem Jahre der Fall war!"

„Die Lage ist sehr kritisch," erklärt die „Times" etwa am 20. März 1917, „weil die Unmöglichkeit, sich Kartoffeln zu beschaffen und die Nachfrage nach Ersatznahrungsmitteln sich enorm gesteigert haben, deren Preise deshalb sprunghaft in die Höhe gegangen sind."

Ähnliche Äußerungen der britischen Presse aus dem März ließen sich hundertweise zusammenstellen, und das, trotzdem die Zensur gerade eine ungefärbte Darstellung der britischen Versorgungsfrage planmäßig zu unterdrücken sucht.

Auch die britischen Staatsmänner können jetzt den alten Optimismus nicht mehr wirkungsvoll zur Schau tragen. Sie bereiten in wachsendem Maße auf den tiefen Ernst der Lage vor, die sich in England zu entwickeln droht. Am 23. Februar 1917 bezeichnete Lloyd George in seiner großen Rede vor dem Unterhaus den deutschen U-Bootskrieg als „schwere Gefahr für England". Herr Chamberlain, der Leiter des englischen Zivildienstes, sagte am 9. März 1917 in einer Rede zu Bradford: „Das Periskop eines U-Bootes im Atlantischen Ozean zu finden, ist schwieriger, als eine Nadel im Heuschober zu suchen. England hat ein Programm für Schiffsbauten nach einem Einheitsplan auf-

gestellt; wir können aber nicht hoffen, daß wir ebenso schnell Schiffe bauen, wie die deutschen U-Boote sie zerstören." Und Herr Carson, der erste Lord der Admiralität, der noch am 22. Februar 1917 die deutsche U-Bootgefahr zwar als ernst, aber als überwindbar bezeichnet hatte, warnte am 8. März 1917 im Alwys-Club vor dem Wunsch, die britische Schlachtflotte zur Beseitigung der U-Bootgefahr zu verwenden: „Erinnern Sie sich daran, daß ein Einsetzen unserer Flotte, wenn wir das Spiel verlieren, das Ende des britischen Reiches sein würde." Und er sprach nicht mehr von der Überwindbarkeit der U-Bootgefahr. Nein, er entschuldigte nur noch die britische Flotte: „Das Schiffahrtsproblem hat durch das Aufkommen der Unterseeboote ein neues Gesicht bekommen. Es nutzt nichts, auf die Deutschen zu schelten, weil sie Unterseeboote benutzen. Ihr mögt sie schelten, bis ihr schwarz im Gesicht seid. Aber ihr werdet dadurch nicht ein Schiff retten. Das Unterseeboot operiert 250—300 Meilen von der Küste, und wenn jemand sich einen Begriff davon macht, was diese Entfernung von der Küste bedeutet und sie mit der Größe der Ozeane vergleicht, dann kann er selbst das Problem sehen, das wir zu lösen haben... Die Nation muß Vertrauen zu uns haben. Die Nation muß Geduld haben, und ich glaube, die Nation wird Geduld haben, wenn ihr die wahre Lage klar gemacht wird. Die wahre Lage bedroht die Ernährung unseres Volkes, bedroht sie in einem Umfang, den man früher nicht voraussehen konnte... Ich werde unter keinen Umständen erlauben, daß sich ein Zustand herausstellt, bei dem die wahre Lage plötzlich dem Volke bekannt wird, daß wir in einer Verfassung sind, die wir niemals annehmen konnten." Carson forderte dann lediglich zum Durchhalten auf, sprach kein Wort von der Möglichkeit, der U-Boote Herr zu werden. Er schloß: „Ich fürchte, ich kann Ihnen bei dieser Gelegen-

heit nicht alles sagen. Vielleicht denken Sie, ich bin ein Pessimist. Nein, das bin ich nicht. Vielleicht denken Sie, ich bin ein Feigling, ich bin es nicht. Nein, wahrer Optimismus und wahrer Mut sind, indem man den Tatsachen ins Gesicht sieht." So spricht nach noch nicht 1½ Monaten des uneingeschränkten U-Bootkriegs der verantwortliche Leiter der britischen Seemacht.

Da es letzten Endes auf die Niederringung Englands ankommt und da die Lage Englands bestimmend für die gesammte Kriegslage ist, bedarf es hier nicht eines ausführlichen Hinweises auf die Entwicklung der Dinge in Frankreich und Italien. Die Erkenntnis von der durch die U-Boote drohenden Gefahr hat in Frankreich, nicht in Italien, später eingesetzt, als in England. Seitdem aber die britischen Einfuhrverbote (die Schiffsraum sparen sollen) die ohnehin schon geringe französische Ausfuhr schwer schädigen, seitdem infolge von Kohlenmangel sogar schon französische Munitionswerke haben stillgelegt werden müssen, mehren sich auch in Frankreich die sorgenvollen Stimmen, zumal infolge Darniederliegens der französischen Landwirtschaft und der fehlenden Zufuhren auch in diesem gesegneten Land die Nahrungsmittel knapper geworden sind. In Italien ist man sich von vornherein über die drohende Gefahr klar gewesen. Die Presse ist kleinlaut; die sozialistischen Friedensbestrebungen wachsen schnell an Einfluß, und kleinere Hungerrevolten sind an der Tagesordnung; etwa die Hälfte der Munitionswerke hat infolge Kohlen- und Rohstoffmangels schon stillgelegt.

Die bevorstehende Weiterentwickelung

Die deutsche U-Bootwaffe wächst an Zahl und Macht. Am 29. März 1917 konnte Staatssekretär von Capelle im Hauptausschuß des Reichstages mit-

teilen, daß sich auch im März alle Erwartungen erfüllt haben, daß sich die besten Aussichten eröffneten, um so mehr, da nicht nur die Zahl der U-Boote an der Front in stetigem Wachsen begriffen sei, sondern auch die Boote selbst immer leistungsfähiger würden. Alle in feindlichen, auch zum Teil in neutralen Blättern enthaltenen Angaben über die Vernichtung zahlreicher U-Boote seien erfunden. Die Verluste hätten sich in Wirklichkeit noch an der untersten Grenze dessen gehalten, was die Marine von Anfang an in ihre Berechnung eingestellt habe. Der Frontzuwachs an U-Booten habe in dem Monat Februar noch die Erwartungen bei weitem übertroffen.

Bei der Gesamtzahl der U-Boote käme die Zahl der verloren gegangenen U-Boote überhaupt nicht in Betracht. In der Marine sei alles davon durchdrungen, vom Flottenchef an, der mit seinen Streitkräften hinter den U-Booten stände und ihnen Bewegungsfreiheit und Ausbreitungsmöglichkeit sicherte, bis zum jüngsten Matrosen und Heizer, daß die übernommene Aufgabe bis zum Ende siegreich durchgeführt würde.

„Große Erfolge, geringe Verluste" war ein stolzes Wort des Staatssekretärs an diesem Tage, der auch von einem fühlbaren Rückschlag der Schiffahrt im Sperrgebiet sprechen konnte.

Über die Leistungsfähigkeit seiner U-Bootwaffe braucht sich also das deutsche Volk Sorgen nicht hinzugeben. Sie ist ja offenkundig geworden auch dadurch, daß im März 1917 die an Nordrußland angrenzenden Meere ebenfalls zum Sperrgebiet erklärt werden konnten, wodurch die Munitionsversorgung Rußlands schwer gefährdet wird. Welche Aussichten aber eröffnen sich, wenn man erwägt, was die „Tägliche Rundschau" im Februar 1917 mitteilen durfte, daß die

deutschen U-Boote heute einen Fahrtradius um die Erde herum besitzen. Damit ist Englands Beherrschung der Meere, soweit diese Herrschaft dem Schutz des britischen Lebensnervs, nämlich der Handelsflotte, dienen soll, hinfällig geworden. Dieser Lebensnerv ist, zum erstenmal seit Bestehen der britischen Seeherrschaft, von einem Machtfaktor abhängig, den England zu vernichten nicht in der Lage ist. Das ist das große Problem der Gegenwart, das, wenn wir es recht erfassen und willensstark in unserer Hand modeln, zur Vernichtung der englischen Seeherrschaft führen muß, wenn wir nur durchhalten, bis die Sense wieder auf den Feldern ihr frohes Lied singt. Nie hat einem Volke für Tod und Not größerer Lohn sicherer gewinkt, als uns in dieser Zeit. Die Erkenntnis dessen muß hineingetragen werden in unser ganzes deutsches Volk; sie muß die Nerven straffen, den Willen stählen, damit wir, und sollten wir die Zähne dabei aufeinander beißen, durchhalten, bis die Katastrophe für England hereinbricht. Sie muß kommen wie das Amen in der Kirche!

Der Sieg muß uns doch bleiben!

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.